

## Medienethik und Lügenpresse

Die tiefe Schlucht zwischen  
Kritik und Bedrohung **Seite 6**

Interview mit dem  
Chefredakteur des  
„Mannheimer Morgen“ **Seite 10**

Der große Sparplan  
der SWMH **Seite 16**

Last-Minute-Lösung für  
RTL-Fensterprogramm **Seite 25**

# SCHON BESTELLT? DAS DJV- HANDBUCH FÜR FREIE!



## DJV-HANDBUCH FÜR FREIE

Der unverzichtbare Berufsratgeber für freie Journalistinnen und Journalisten!

Auf 600 Seiten erfahren Sie alles, was freie Journalisten rund um den Beruf wissen müssen: Marktchancen, Marketing, Urheberrecht, Verhandlungstechnik, Steuern, soziale Absicherung, Versicherungen, Auslandstätigkeit, Arbeitsmittel, Technik.

**BESTELLEN?**  
[www.shop.djv.de](http://www.shop.djv.de)



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Lügenpresse, das Unwort des Jahres 2014 ist keine Erfindung der letzten Jahre, aber dennoch schmerzt der Vorwurf, insbesondere die anonymen Anfeindungen in den sozialen Medien, und so haben sich gleich mehrere Autoren unseres Top-Themas angenommen, inklusive unterschiedlicher Ansichten zur Entscheidung des Presserats, die Richtlinie 12.1 des

Pressekodex beizubehalten. Sie lesen außerdem Neuigkeiten zum „Aus“ für „Sonntag aktuell“ und der neuen, zusammengelegten „Redaktion Stuttgarter Zeitung Stuttgarter Nachrichten GmbH“ und unter vielen weiteren Artikeln auch eine Einschätzung zum neuen Urheberrechtsgesetz und Berichte aus vielen Kreisverbänden. Entspannung können wir nicht bieten, dafür aber eine anregende Lektüre.

Ihre Blickpunkt-Redaktion

### EDITORIAL

- 5 **Besser einmischen statt ausklinken**

### TOPTHEMA

- 6 **MEDIENETHIK & LÜGENPRESSE**  
Die tiefe Schlucht zwischen Kritik und Bedrohung



- 7 **Lügenpresse? Lügensender?**  
Plädoyer gegen Angst und die Schere im Kopf

- 9 **Von Selbstkritik keine Spur**

- 10 **Die Demokratie und das Bewusstsein für Demokratie fördern**  
Interview mit Dirk Lübke, Chefredakteur des Mannheimer Morgen

- 14 **Der Anwurf der „Lügenpresse“ ist auch ein Hilferuf**  
Über den nicht ganz einfachen Dialog mit AfD-Protestwählern

### VERBAND

- 16 **„Modell Fusion“ startet mit Totenglöckchen**  
Die SWMH macht sich schlank

- 18 **Leipzig an alle: „Für das Wort und die Freiheit“**  
Kulturschaffende für Meinungs- und Pressefreiheit

- 19 **Journalisten profitieren kaum**  
Neuer Entwurf zum Urheberrechtsgesetz

- 20 **Zwischen Sexismus, Flüchtlingspolitik und Medienalltag**  
DJV-Journalistinnentag „FRAU MACHT MEDIEN 2016“

- 20 **17.000 Euro im Jahr 2015 für in Not geratene Journalisten**  
Sozialfonds der Presse Freiburg zieht Bilanz

- 21 **Willi Bleicher Preis an Maria Wetzel**  
Journalismus-Preis der IG Metall Baden-Württemberg 2015

- 22 **Rezension „Hinter den Zeilen“**  
Medienwissenschaftler aus Tübingen berichteten von ihren Recherche-Arbeiten

- 23 **Von Goethe bis Google**  
Albrecht Götz von Olenhusen feierte seinen 80. Geburtstag

### MEDIEN

- 24 **SWR: Akzeptanz durch Relevanz**

- 25 **Last-Minute-Lösung für RTL-Fensterprogramm**

### AUS DEN KREISEN

- 26 KV Stuttgart  
**Realistischer Blick in die Zukunft**

- 26 KV Oberschwaben  
**Tarifflichtende Betriebe benennen**

- 27 KV Neckar-Odenwald  
**Keine Austritte im vergangenen Jahr**

- 28 KV Heilbronn  
**Klöppel folgt auf Berger**

- 28 KV Hochrhein  
**Kreisversammlung vor kleiner Kulisse**

- 29 KV Karlsruhe  
**Vielfältige Pläne für die Zukunft**

- 29 KV Offenburg / Ortenau  
**Früherer Kreisvorsitzender zurückgekehrt**

- 30 KV Ludwigsburg  
**Erprobtes Team im Kreisvorstand**

- 31 KV Neckar-Alb  
**Bewährten Veranstaltungsmix fortführen**

- 32 KV Rems-Murr  
**Blicke von der anderen Seite**

- 32 KV Stuttgart  
**Vorsitzende mit Blaulicht auf dem Schreibtisch**

- 34 **Mediennachrichten**

- 36 **Wir gratulieren / Impressum**

- 37 **Karl Geibel zum 75.**

- 38 **Seminarkalender der Journalisten-Akademie 2016**

# JOURNALISTEN BRAUCHEN GESCHICHTEN

Z.B. VON IHRER PRESSESTELLE



**Sie sind die Schnittstelle. Über Sie finden Journalisten die richtigen Ansprechpartner und Hintergrundinformationen.**

**Und manchmal auch neue Geschichten.**

**Machen Sie ihnen das Leben leichter: stellen Sie Ihre Pressestelle im DJV-Blickpunkt vor.**

**Informationen unter: [www.djv-bw.de/blickpunkt](http://www.djv-bw.de/blickpunkt)**

**DJV Blickpunkt**

das Medienmagazin für Baden-Württemberg

## EDITORIAL ●

### Besser einmischen statt ausklinken



Es rumort kräftig in den Zeitungs- und Rundfunkredaktionen, bei Freien und festen Freien. Die konkreten Anlässe unterscheiden sich, aber grundsätzlich geht es um die Frage, warum man sich in vielerlei Hinsicht zum Büttel machen muss. Beispiel eins: Seit der Flüchtlingskrise hat die Aggressivität der Leserkommentare massiv zugenommen, wird bei Facebook & Co. kräftig gegen einen angeblich „staatlich verordneten Lügenjournalismus“ gewettert oder auch gleich mal handgreiflich gegen Berichtersteller vorgegangen. Journalisten geraten ob dieser vielfältigen Anfeindungen in die Defensive. Ein Weg raus aus diesem Gefühl der Überforderung und des Alleinseins bietet der Blog [augenzeugen.info](http://augenzeugen.info). Schauen Sie rein, teilen Sie sich mit.

Wird die Maus zum Elefant oder umgekehrt? Nicht nur Nachrichtenteams bei Rundfunk und Print müssen täglich einem Turbo-Journalismus folgen, der keinen Raum zum Nachdenken lässt, aber fürchterlich bestraft wird, wenn man zwar schnell, aber nicht umfassend genug oder mit mehr Recherche, dafür aber angeblich zu spät, berichtet. Immerhin entwickelt sich daraus auch ein positiver Effekt: Unter diesem Druck ist unsere Fähigkeit zur Selbstkritik gewachsen, so meine Beobachtung. Weil wir wissen, dass ein einordnender Journalismus wichtiger denn je ist und weil wir diesen erhalten wollen. Doch wie unterschiedlich selbst innerhalb unserer Branche die aktuellen Anforderungen und Reaktionen bewertet werden, zeigen die Autoren unseres Topthemas.

Beispiel zwei: Unerklärlich ist, warum der vorgelegte Entwurf zum Urhebervertragsrecht weit hinter den Erwartungen und dem Referentenentwurf zurückbleibt. Gerade freie Journalisten sind davon betroffen. Schon drohte der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) an, er wolle ein einseitiges Kündigungsrecht des Gehaltstarifvertrags, wenn die Verlage gesetzlich benachteiligt werden sollten. Ich empfehle, die Petition zu unterschreiben, die in dieser Sache unter [change.org](http://change.org) an die Abgeordneten des Deutschen Bundestags gerichtet ist.

Beispiel drei: Bei den Tageszeitungsverlagen wird vorgerechnet, dass sich die gedruckte Zeitung eigentlich nicht mehr lohnt. Den Verlegern können wir zurufen: Investieren Sie in die Redaktionen statt zu resignieren! Doch die Geschäftsleitungen denken nur noch in Marken, nicht mehr in Inhalten. Nach außen wird die Unabhängigkeit der Inhalte betont, doch Energie und Gelder werden in Erfolgsstrategien für ein Multichannel-Marketing gesteckt, das nichts mit journalistischen Inhalten zu tun hat.

Steigender Arbeitsdruck, mangelnde Perspektiven und dazu ein unerschämtes Angebot der Verleger bei den aktuellen Gehaltstarifverhandlungen für Tageszeitungen bringen das Fass zum Überlaufen. Wir sagen Nein dazu. Viele Redaktionen treten zur dritten Verhandlungsrunde am 19. April in Warnstreik. Nach dem Motto: Besser einmischen und mitmachen statt ausklinken!

So lautet auch die Maxime des DJV Baden-Württemberg, der diesen Juni vor 30 Jahren gegründet wurde. Seither setzen wir uns für Mitbestimmung und soziale Gerechtigkeit ein. Elementare Themen, die ebenfalls unseren Gewerkschaftstag am 10. und 11. Juni in Karlsruhe bestimmen werden. Heute unter anderen Vorzeichen als 1986, aber nicht minder elementar.

Auch in Karlsruhe werden wir wieder wichtige Weichenstellungen für die Zukunft unseres Berufes stellen. Der Gewerkschaftstag ist verbandsöffentlich. Schauen Sie rein, diskutieren Sie mit. Mitmachen lohnt sich!

*D. Lange*

**Dagmar Lange**  
DJV-Landesvorsitzende  
Baden-Württemberg

# Medienethik und Lügenpresse

Während der Dokumentarfilm *Spotlight*, ein Loblied des investigativen Journalismus, einen Oscar erhält, reißt der Graben zwischen den „klassischen“ und den „sozialen“ Medien weiter auf. Im klassischen Journalismus steigen die Anforderungen an die Journalisten weiter, während sie in der Parallelwelt Social Media immer häufiger persönlich angegriffen werden.

Von Susann Mathis, Peter Welchering und Theo Westermann

Als der Mannheimer Morgen die AfD-Chefin Frauke Petry mit dem „Schießbefehl“ zitierte, verlangte Petry Richtigstellung – die Redaktion aber machte deutlich, dass das Interview von Petry autorisiert war, (s. S. 10, *das Interview mit dem Chefredakteur Dirk Lübke*). Daraufhin geschah, was wir immer häufiger beobachten: Die Auseinandersetzung verlagerte sich ins Netz. Dort hat Petry mehr als 100.000 Follower, der Mannheimer Morgen hat eine gedruckte Auflage von 73.000 (und etwa 50.000 Follower). Zugegeben, die berühmten Äpfel und Birnen könnte man besser miteinander vergleichen als Zahlen von Followern und gedruckten Auflagen. Aber dennoch: Ablesen kann man an diesen Zahlen etwas Anderes, so zum Beispiel die treue Gefolgschaft von AfD-Fans, materialisiert in Klick-Disziplin. Da sie der von ihr so genannten „Lügenpresse“ nicht glauben wollen, vertrauen sie sich einem anderen Kommunikationsraum an: Petrys FB-Kommentar zur sogenannten Schießbefehl-Affäre wurde ca. 7.500-mal geteilt und erhielt 9.800 Likes.

Da sich die Fans als Außenseiter verstehen, deren Meinung von den etablierten Medien unterdrückt wird, stehen sie konsequent zusammen. Ein Interview in Mannheim wird von AfD-Anhängern aus dem ganzen Bundesgebiet kommentiert. Ein neuer Sympathisant wird auf Facebook schnell integriert, erhält viele Freundschaftsanfragen von AfD-nahen Aktiven: Malte Henk, Redakteur im Ressort Dossier, DIE ZEIT, hat im Rahmen einer Reportage als fiktive Person Matthias

Weiß die Facebook-Welt außerhalb seiner persönlichen Filterblase untersucht und erlebte diese Klickdisziplin: „Nach sechs Wochen hat Matthias Weiß auf Facebook 673 Freunde, mehr, als ich in acht Jahren gesammelt habe. Außer den paar AfD-Leuten am Anfang hat Matthias fast keinen von ihnen als Kontakt angefragt. Sie kamen von selber.“ (Zitiert aus dem sehr lesenswerten Artikel: <http://bit.ly/1P78r2l>)

Die Verlagerung trifft nicht nur die Medien, sie trifft die Politik insgesamt. Über 250.000 Menschen gefällt die AfD auf Facebook, mehr als doppelt so vielen wie die CDU (105.000) oder die SPD (101.000), Stand Redaktionsschluss. Zwar sind nicht alle, die eine Seite auf Facebook abonniert haben, zwangsläufig mit deren Inhalten einverstanden. Doch nicht nur die Ergebnisse der jüngsten Landtagswahlen deuten darauf hin, dass klassische Parteien mit herkömmlichen Organisationsformen zunehmend mit Schwierigkeiten konfrontiert sind. Jeder kann heute sein Bild in der Öffentlichkeit mitgestalten – er schreibt es in Facebook oder in seinem Blog, erzählt es in seinem Podcast, gestikuliert es in seinem Vlog.

„Cut the Middleman“, heißt das Phänomen. Dadurch haben Journalisten, die früheren Mittler und „Meinungsmacher“, an Macht verloren und erleben nun eine konkurrierende Öffentlichkeit in den sozialen Medien: Man muss sich nicht wundern, wenn Frau Petry zwei Verabredungen mit dem ZDF-Morgenmagazin ausfallen lässt – schließlich haben sie

und ihre Partei es auch unabhängig von den von ihr als Lügenpresse verleumdete Medien weit gebracht. Ihr Interview-Fiasko beim Mannheimer Morgen hat ihr bei ihren Anhängern nicht geschadet, im Gegenteil, die Opferrolle ist Teil ihres Erfolgsrezepts.

## Trolle kosten enorm viel Kraft

„Ein Gespräch setzt voraus, dass der andere Recht haben könnte,“ wird der Philosoph Gadamer gerade dieser Tage oft zitiert. Da aber bei Kommentarseiten der Zeitungen in großer Mehrheit so genannte Trolle unterwegs sind, die nur stören, aber nicht debattieren wollen, haben viele Zeitungen die Kommentarfunktion auf ihren Webseiten eingeschränkt. Der Journalist hat die Tageszeitungen mit Vollredaktion in Deutschland angefragt, und erfahren, dass vielen der Moderationsaufwand kaum mehr zu bewältigen scheint. Eindrücklich das Zitat der Fuldaer Zeitung, die nun aufhören wollen, jeden Tag persönliche Beschimpfungen und Beleidigungen zu „konsumieren“ und zu löschen. „Diese Zeit und Energie möchten wir lieber dafür nutzen, Ihnen mehr interessante Inhalte auf unserem Portal anbieten zu können.“ **sm**

**Auch Peter Welchering aus dem DJV-Landesvorstand hat mit Hetze und Pöbeleien bis hin zu Schmierereien an seinem Haus zu kämpfen, seinen persönlichen Bericht und seine Entschlossenheit, nicht nachzugeben, lesen Sie im nebenstehendem Artikel.**

## Lügenpresse? Lügensender? Plädoyer gegen Angst und die Schere im Kopf



Peter Welchering Foto: Privat

Ich arbeite als fester Freier für den Deutschlandfunk – überwiegend. Daneben natürlich auch noch für andere Redaktionen und Auftraggeber. Aber die Arbeit im Deutschlandfunk hat mein journalistisches Selbstverständnis geprägt, und ich habe dort meine journalistische Heimat. Deshalb hat es mich stark getroffen, als ich im Herbst 2015 wütende Mails und Anrufe erhielt und als „Lügenjournalist“, der für einen „Lügensender“ arbeitet, beschimpft wurde. Anlass waren Beiträge zum Themenkomplex „Flüchtlinge“. Einige Beiträge über die Software für die Flüchtlingserfassung wurden im September 2015 gesendet. Darin wurde aufgezeigt, dass die im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge eingesetzte Software und die gänzlich anders gestrickten Programme der Bundespolizei

mit ihren fehlenden Schnittstellen für den Datenaustausch mit dafür verantwortlich zu machen sind, dass sich so viele Asylanträge stauen. Die Beiträge zeigten auch Beispiele, wie Helfer vor Ort sogenannte „Workarounds“, Hilfslösungen also, entwickelten, um den Datenaustausch zu beschleunigen und den Flüchtlingen vor Ort besser helfen zu können, etwa durch koordinierte medizinische Untersuchungen, die ohne Datenaustausch gar nicht hätten bewältigt werden können.

## Die Kritik aus dem Innenministerium war eleganter

„Ahnungsloser Gutmensch“ war noch eine der zurückhaltenderen Kritiken aus dem Pegida-nahen Lager. „Linke Zecke“ muss wohl schon als Standardbeschimpfung gelten. Allein die Tatsache, dass in den Berichten auch Lösungsvorschläge einer effektiveren Bearbeitung von Asylanträgen und einer besseren Hilfe für die Flüchtlinge in den Erstaufnahmestellen thematisiert wurden, reichte den Deutschen nationalen und den Protestlern am rechten Rande, die gesamte Berichterstattung als „Lügenpropaganda“ abzutun. Aus dem Bundesministerium des Inneren gab es übrigens auch Kritik an diesen Beiträgen. Der Pressesprecher bemängelte, verschiedene informationstechnische Details seien

nicht ausreichend dargestellt. Die Kritik am federführenden Innenministerium, das sich hier klare Versäumnisse in der Vergangenheit geleistet hatte, fand der Ministeriumssprecher „überzogen“. Dann folgten Beiträge über die Organisation von Schlepperbanden. Hier wurde nicht nur aufgezeigt, wie konzernmäßig organisierte Schlepperorganisationen „Kunden“ auf sozialen Plattformen werben und Flüchtlingsbewegungen via SMS und über Verwaltungsserver im Darknet organisieren. Es kam auch zur Sprache, dass Flüchtlingsboote auf direkten Kurs zu Handelsschiffen gesetzt werden. Der direkte Rettungszeitpunkt ist dann kalkulierbar. Und so können ausgesuchte Flüchtlinge, die für ihre Tätigkeit von den Schleppern einen kleinen Rabatt eingeräumt bekommen, die Speicher der Smartphones und Handys ihrer Mitreisenden kontrolliert löschen, bevor Sicherheitsbehörden sie auswerten können. Das funktioniert aber nur, wenn die Flüchtlinge nicht zuvor per Handy oder Satellitentelefon eine der Rettungs-Hotlines in Europa anrufen, deren Mitarbeiter dann wiederum die jeweilige Küstenwache alarmieren. Deshalb haben die Schlepper in der Vergangenheit immer wieder die entsprechenden Funkfrequenzen mit Störsendern blockiert, um genau solche Notrufe zu verhindern.

**Rechtspopulisten wollen Informantenschutz abschaffen**

Nach den Sendungen war die Hölle los. Meine „Freunde vom rechten Rand“ warfen mir Rechtsbeugung und Strafvereitelung vor. Denn immerhin hatte ich auch Recherche-Gespräche mit ehemaligen Mitarbeitern der Schlepperorganisationen geführt und ihnen natürlich Informantenschutz zugesichert. Natürlich hatte ich in den Augen der Pegida-nahen Kritiker die Lage der Flüchtlinge völlig falsch geschildert. Sie unterstellten, das sei im direkten Auftrag der Kanzlerin und ihrer Mitstreiter einer Willkommenskultur geschehen.

Übrigens gab es auch Kritik von Oppositions-Politikern aus dem Bundestag. Die fanden es hochgradig unangemessen, den Schleppern eine solche kriminelle Energie zu unterstellen, wie ich das getan hätte. Schlepper seien auch nur die anderen Flüchtlinge. Also auch hier Kritik von beiden Seiten. Ein wenig spitzte sich die Situation im November zu, nachdem ich über Lösegeldzahlungen an den IS berichtet hatte, die per Bitcoin, einer virtuellen Währung, vorgenommen worden waren. Mit diesen Lösegeldzahlungen waren unter anderem mehrere hundert Geiseln freigekauft worden.

**Hakenkreuzschmierereien als Sonderform der Kritik**

Für die Pegida-nahen Flüchtlingsgegner war diese Berichterstattung eine im unmittelbaren Regierungsauftrag, um die Flüchtlingspolitik zu rechtfertigen. Hakenkreuzschmierereien auf der Treppe unseres Einfamilienhauses und am Auto sollten diese Kritik wohl unterstreichen. Nicht nur im Kreis der Kollegen sind diese Vorkommnisse diskutiert worden. Ein Hauch von Hilflosigkeit war in diesen Diskussionen des Öfteren zu spüren, aber auch Empörung. Ich gebe gern zu, dass ich in diesen Monaten mitunter zwischen Wut und Angst oszillierte. Aber die Gespräche und Diskussionen mit Kollegen haben mir auch gezeigt, wie wichtig die Art von Journalismus ist, die wir zum Beispiel mit solchen Beiträgen machen. Gut geplante und intensive Recherchen, die auch Zeit und Geld kosten, sind da eine wesentliche Voraussetzung. Hier wurde

und wird an zu vielen Stellen abgebaut. Und das spielt den Kritikern vom rechten Rand in die Hände mit ihren Lügenpresse-Schmähattacken. Umfangreiche Recherchen im Kollegenkreis diskutieren zu können und Manuskripte gegenchecken zu lassen, ist eine andere Voraussetzung. Auch dafür müssen wir wieder stärker kämpfen. Denn gerade diese Voraussetzung wird längst nicht mehr als Selbstverständlichkeit begriffen. Rechtliche Beratung, Training für sensible Rechercituationen und Coaching durch sowie Hilfe von Sicherheitsexperten sind weitere Voraussetzungen, um diese Arbeit auch gegen massiven Widerstand tun zu können. Doch auch diese Voraussetzungen sind immer seltener gegeben.

**Wie also sollen wir uns verhalten angesichts massiver Drohungen und Einschüchterungsversuche?**

Meine Antwort: So wie in der Vergangenheit auch. Sicherlich, die Massivität der Angriffe hat zugenommen, die Bedrohung ist unmittelbarer geworden. Ich habe mich aber dafür entschieden, die Drohung eines etablierten Politikers, den Rundfunkrat einzuschalten und meine journalistische Karriere zu beenden, auf derselben Ebene zu behandeln wie die Drohung nationalkonservativer oder fremdenfeindlicher Kreise, dafür sorgen zu wollen, dass ich keine Beiträge mehr machen kann. Wie sie das machen wollen, lassen sie dann bewusst offen, vermutlich um Angstbilder im Kopf entstehen zu lassen. Die Reaktionsweisen auf diese unterschiedlichen Arten von Anfeindung unterscheiden sich allerdings. Bisher brauchte ich einen guten Rechtsanwalt. Ab Herbst 2015 habe ich immer wieder fallweise auch einen guten Sicherheitsdienst beschäftigt. Aber ansonsten gilt: Der beste Platz für einen kritischen Journalisten ist immer noch der zwischen allen Stühlen. **pw**

**Fehler werden gemacht**

Wer über eine Glaubwürdigkeitskrise der Medien spricht, muss auch erläutern, wann zuletzt sie eine vertrauenswürdige Instanz waren und wie viel Vertrauen überhaupt erstrebenswert ist. Nach Ansicht des Berliner Professors Hans Jürgen Arlt,

lebt der Journalismus mit Misstrauen, seit es ihn gibt und ein vollkommenes Vertrauen zu den Medien könne in einer Demokratie, die kritischer Geister bedürfe, auch niemand wollen. Bei „Glaubwürdigkeitskrise“ denkt heute jeder an Köln, Hauptbahnhof, Silvester und das Nennen der Nationalität von Straftätern. Doch Arlt weist auf ein anderes Problem der Medien hin: Der Journalismus würde aktuell durch ein Übermaß an Öffentlichkeitsarbeit, Unterhaltung und Werbung an den Rand gedrängt. Diese „Animationsarbeit“, bei der es nur noch darum geht, dass das Publikum hinschaut, damit man dieses Hinschauen dann an die Werbung weiterverkaufen kann, bringe die journalistischen Leistungen insgesamt in Misskredit.

Doch zurück nach Köln: Die Übergriffe auf Frauen in der Silvester-Nacht verschärfen die Diskussionen darüber, ob die Nationalität von mutmaßlichen Tätern in den Medien genannt werden sollte. Diskutiert wurde, ob hier aus falscher Rücksichtnahme der Öffentlichkeit Informationen vorenthalten wurden.

Unter dem Eindruck eines Medien-Versagens stand die Richtlinie zum Diskriminierungsschutz am 9. März auf der Tagesordnung des Presserats. Der Presserat erlässt keine Gesetze, er spricht Empfehlungen aus. Die Mitglieder des Plenums beschlossen im März, dass der Diskriminierungsschutz im Pressekodex bestehen bleibt. Es gab und es gibt kein Verbot, die Herkunft von Straftätern oder Tatverdächtigen zu nennen. Es gibt lediglich nun weiterhin den Appell, diese Herkunftsinformation zu unterlassen, wenn die Diskriminierungsgefahr höher zu veranschlagen ist, als die Information zum Verständnis des berichteten Vorgangs beiträgt. Der Presserat betonte, dass sich Journalisten bei der Berichterstattung über die Herkunft von Straftätern stets in einer anspruchsvollen Entscheidungssituation befinden. „Ziel des Diskriminierungsschutzes ist es, jeweils die Gruppe, der ein Straftäter angehört, nicht durch das Fehlverhalten einzelner Angehöriger im Ansehen herabzusetzen.“, heißt es in der Pressemitteilung des Presserats, in der er auch Hilfestellung für Redaktionen bei Unsicherheiten bei der Anwendung des Kodex anbietet.

**Es wird am falschen Ende gespart**

Die Glaubwürdigkeitskrise gesellt sich zu einer schon länger existierenden finanziellen Krise. In den Redaktionen wird die Personaldecke immer dünner, die Arbeit aber nicht weniger. Immer weniger Mitarbeiter sollen noch mehr und noch schneller arbeiten. Und was sagt der Verleger dazu? Er empfiehlt Nulldiät, will Gehalts- und Honorarerhöhungen an der 0-Linie. Der DJV fordert 4,5 Prozent mehr für alle Journalistinnen und Journalisten an Tageszeitungen. Wenn sie schon mehr und schneller arbeiten, verdienen sie auch mehr Geld. Denn ihre Leistung beinhaltet mehr als die maximale Ausbeute an Klicks und Zeilen: Die vierte Gewalt muss Zeit haben, zum Nachdenken, Abwägen, Prüfen und Auswählen. **sm**

*Theo Westermann, Kreisvorsitzender des DJV in Karlsruhe und Leiter der BNN-Stadtredaktion hätte sich dennoch eine andere Entscheidung des Presserats gewünscht, seine Argumente lesen Sie hier:*



Theo Westermann Foto: Stefan Bau

**Von Selbstkritik keine Spur**

Als sich die Vorfälle von Köln ereigneten, waren manche Medien schnell mit den Vorwürfen gegenüber der Polizei zur Hand. Sie hätte die damals noch mutmaßliche Täterschaft von vorwiegend nordafrikanischen Asylbewerbern verschwiegen. Das Versagen der Kölner Polizeiführung war das eine, aber hätte es nicht auch für unsere Branche Grund zur

kritischen Selbstreflexion gegeben? Denn litt nicht bei vielen Medien – nicht bei allen – in den vergangenen Jahren die hintergründige Berichterstattung, das Benennen von Fakten und Täterhintergründen? Allzu oft spielten doch in der Vergangenheit diese keine Rolle, wenn ein Migrationshintergrund ins Spiel kam. Der Pressekodex, der eigentlich ethische Standards für die Journalisten setzen soll, hat dazu geführt, dass viele Medien in der Vergangenheit genauso wenig über Täterhintergründe informierten, wie es die Polizei in Köln zunächst getan hat. Und wenn Journalisten und Zeitungen im Sinne der Leser und ihres Auftrags umfangreich informierten, setzten sie sich immer einer Art Generalverdacht aus. Dass der Presserat nun keinerlei Anlass sieht, die Richtlinie zu präzisieren, spricht Bände, von Selbstkritik bedauerlicherweise keine Spur. Nicht erst seit der Flüchtlingskrise, aber durch jene verstärkt, müssen wir Journalisten uns hinterfragen. Denn spätestens jetzt klafft der schöne Schein (in den Medien) und das reale Sein vor Ort auseinander. Der Bürger bezweifelt die Glaubwürdigkeit seiner Medien, wenn er in seinem Umfeld andere Realitäten beobachtet, als er in seiner Zeitung liest. Nun kann man den leichten Weg gehen und sich hinstellen, dass man natürlich immer alles richtig macht. Doch während man früher noch Herr der Nachrichtenlage war, hat sich die Welt geändert. Der Zeitungleser hat mit einem Klick Zugriff auf viel mehr Informationen. Das Internet, die sozialen Netzwerke, auch eine angesichts der Realität veränderte deutlich offensivere Kommunikationspraxis von Behörden und Sicherheitsorganen bringen die Fakten an die Öffentlichkeit. Von den Medien wird nun Einordnung verlangt, nicht Vernebelung. Dies wird gerade durch viele Regional- und Lokalzeitungen gewährleistet. Offenheit ist übrigens auch ein gutes Mittel gegen kursierende und gestreute Gerüchte. Die Flüchtlingskrise ist dafür ein



gutes Beispiel. Im Großen und Ganzen haben die Städte und Landkreise sie gut bewältigt. Aber eben nur im Großen und Ganzen. Folgen wie zunehmende Kriminalität speziell in den Großstädten durch problematische Asylbewerbergruppen, Ängste und Sorgen der Bevölkerung, können nicht einfach ausgeblendet werden mit dem gut gemeinten Argument, man wolle keine Ressentiments bedienen. Für wie unmündig hält man die Leser

Grotesk wird das Ganze, wenn Institutionen dazu auffordern müssen, über Hintergründe zu berichten. So wie etwa bereits vor einem Jahr der Karlsruher Polizeipräsident vor einer Runde von Journalisten. Man informiere wie von den Journalisten gefordert offen, so Günther Freisleben. Die Medien müssten aber genauso offen berichten. Der Grund für den berechtigten Ärger des Polizeipräsidenten: Eine Nachrichtenagentur hatte kurz zuvor bei einer Meldung der Karlsruher Polizei über einen Fahndungserfolg gegenüber Diebesbanden aus dem Ausland den Hinweis auf die Nationalität herausgestrichen. **tw**

Der Diskriminierungsschutz, die Richtlinie 12.1, im Pressekodex lautet: „In der Berichterstattung über Straftaten wird die Zugehörigkeit der Verdächtigen oder Täter zu religiösen, ethnischen oder anderen Minderheiten nur dann erwähnt, wenn für das Verständnis des berichteten Vorgangs ein begründbarer Sachbezug besteht. Besonders ist zu beachten, dass die Erwähnung Vorurteile gegenüber Minderheiten schüren könnte.“

# „Unsere Aufgabe ist in unserer Verfassung verankert, nämlich die Demokratie und das Bewusstsein für Demokratie zu fördern“

Das Flüchtlingsthema polarisiert. Das schlägt sich auch in der Berichterstattung in den Medien nieder. Diese sehen sich zum Teil aggressiver Kritik seitens der Leser und Hörer gegenüber, bis hin zu Bedrohungen einzelner Journalisten. Wie gehen die Medien damit um? Am Beispiel vom „Mannheimer Morgen“ sprachen wir mit dem Chefredakteur Dirk Lübke.

**Laut einer Allensbach-Umfrage im Auftrag der FAZ sind 51 Prozent der Deutschen mit der Berichterstattung der Medien über den Flüchtlingskomplex unzufrieden und fühlen sich einseitig informiert. Wie stark sieht sich der „Mannheimer Morgen“ (MM) mit dem Misstrauen der Leser konfrontiert? Und wie geht der MM mit solcher Kritik um?**

Leser, die sich kritisch äußern und uns schreiben – das ist mit stärker werdendem Flüchtlingsthema auf allen Kanälen immer häufiger der Fall – lade ich ein. Wir haben hier eine zeitaufwändige, aber lohnende Gesprächsrunde eingeführt. Sie heißt „Kritische Leser“ und wurde begonnen schon vor Beginn der Flüchtlingsthematik. Zwischen fünf und zehn werden eingeladen und nehmen unter meiner Führung einen ganzen Tag am Redaktionsalltag teil. Sie sehen unsere Entscheidungen für Texte, für Fotos, lernen die Themenauswahl und Gründe kennen, sprechen selber mit, mischen sich abends bei der Blattabnahme ein. Und wir berichten in Wort und Bild über den Besuch der „Kritischen Leser“. Das Modell läuft seit anderthalb Jahren, vier bis fünfmal im Jahr. So machen wir es auch mit denen, die uns bei der Flüchtlings-Berichterstattung Einseitigkeit, zu viel Emotionalisierung oder zu viel kritische Distanz zur AfD vorgeworfen haben. Der überwie-

gende Teil der schriftlich und telefonisch Eingeladenen kommt, ein paar haben dann doch keine Zeit oder kein Interesse – oder schreiben einen noch wütenderen Brief an uns zurück.

**Welche Art der Emotionalisierung kritisieren die Leser?**

Sie stören sich vor allem daran, dass zu viel die Bedürfnisse der Flüchtlinge berücksichtigt würden und zu wenig die der Einheimischen, der Deutschen. Auch sind es oft die Fotos mit kleinen Kindern und Müttern oder Menschen, die sich in schwierigen und bedrohlichen Situationen – in kentern den Booten, im Schlamm oder im unwegsamen Gelände – befinden, die Kritik hervorrufen. Flucht ist aber nun mal emotional; Es geht um Menschen, um ihr Überleben, ihre Schicksale, ihre Umstände. Das Flüchtlings-Thema lässt sich nicht wie die Eröffnung einer neuen Straße oder wie der Bundeshaushalt beschreiben oder bebildern.

**Bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg errang ein AfD-Kandidat aus Mannheim eines von zwei Direktmandaten in Baden-Württemberg. Er will nicht mit dem „MM“ reden. Anders die Bundesvorsitzende Frauke Petry. War es schwer, mit ihr ein Gespräch zu vereinbaren?**

Dass Rüdiger Klos nicht mit uns sprechen möchte, finde ich sehr bedauerlich. Wir hätten ihn gerne interviewt. Er hat zur Bedingung eines Interviews gemacht, dass wir die in einem Kommentar gemachte Äußerung der „braunen Soße“ im Zusammenhang mit der AfD zurücknehmen und uns dafür entschuldigen. Wir werden – ohne Entschuldigung – weiter versuchen, ihn zu einem inhaltlichen Gespräch zu bewegen. Frauke Petry dagegen hat sich uns und vielen anderen Medien angeboten.

**Im Laufe des Interviews antwortete Frau Petry auf die Frage, wie ein Grenzpolizist reagieren soll: „Er muss den illegalen Grenzübertritt verhindern, notfalls auch von der Schusswaffe Gebrauch machen. So steht es im Gesetz.“ Einige Leser glauben, dass sie durch die Fragestellung zu der umstrittenen Äußerung genötigt worden sei.**

Das ist – mit Verlaub – einfach Quatsch. Wir haben dieses Interview nach allen professionellen Regeln geführt. Petry und ihr Sprecher haben, bevor das Interview veröffentlicht wurde, jedes Wort nochmal zum Gegenlesen bekommen und es für den Druck freigegeben. Fairer und professioneller kann man solche Dinge nicht machen. Wir sind allerdings als „Mannheimer Morgen“ nicht für inhaltliche Äu-

ßerungen einer Bundesvorsitzenden verantwortlich. Petry hätte ihre Schießbefehl-Äußerung ja in der Autorisierung streichen können. Das hat sie aber ausdrücklich nicht getan. Schießbefehl ist Schießbefehl. Ein bisschen Schießbefehl gibt es nicht. Übrigens hat es auch beim Deutschen Presserat Beschwerden von Lesern mit dem Vorwurf gegeben, wir hätten Petry zu der umstrittenen Äußerung gedrängt. Der Deutsche Presserat hat die Beschwerde als „unbegründet“ abgelehnt und ausdrücklich festgestellt, dass dieses Interview nach journalistischen Regeln geführt worden ist. Eine weitere Beschwerde richtete sich gegen unseren Kommentar „Petry muss weg“ nach ihrer Schießbefehl-Äußerung. Auch die Beschwerde gegen diesen Kommentar hat der Presserat als „unbegründet“ abgewiesen. Vielmehr will der Presserat den Kommentar nun als Lehr-Beispiel im Unterricht mit Nachwuchs-Journalisten einsetzen.

**Trotz der Professionalität, wie Sie sagen, haben Sie dennoch im Nachgang ausführlich auf einer ganzen Seite über den Verlauf des Interviews berichtet. Was versprochen Sie sich davon?**

Wir wollten vor allem schnell und eindeutig Aufklärung und Transparenz in einer aufgeheizten Atmosphäre, an deren hoher Temperatur die AfD-Vorsitzende wesentliche Verantwortung trägt. Für uns war absehbar, nachdem das Interview autorisiert war, dass es für Gesprächsstoff sorgen wird – vor allem mit der Äußerung zur Schusswaffengewalt gegen Flüchtlinge. Wir haben allerdings nicht in dem Maße mit der internationalen Wahrnehmung – sogar australische Zeitungen haben das Thema aufgegriffen – gerechnet. Mit dem Nachbericht wollten wir deutlich machen, dass wir ein faires und sehr professionelles Interview geführt haben. Auch weil Petry, nachdem sie die Tragweite ihrer Aussage möglicherweise neu bewertete, zurückzurudern versuchte und den „MM“ diffamiert hat. Wir haben also auch unseren Lesern und allen Internet-Nutzern die Möglichkeit gegeben, die Entstehung und den Ablauf des Interviews komplett zu verfolgen und nachzuvollziehen, wer hier die Wahrheit biegt. Den kompletten Autorisierungsvorgang bis einschließlich der



**Interview mit Dirk Lübke**

Chefredakteur des „Mannheimer Morgen“

Foto: Manfred Rinderspacher

Freigabe des Interviews haben wir ins Internet gestellt. Das ist größtmögliche Transparenz. Jeder, der sich dafür interessiert, kann daraus ersehen, dass Frau Petry und ihr Sprecher jedes gedruckte Wort freigegeben haben. Deshalb ist es unverschämte von Petry, hinterher zu behaupten, sie sei verkürzt wiedergegeben worden. Das ist aber die Masche von Teilen der AfD: Erst einen weiten Ausfall-Schritt nach rechts machen und mal abwarten, welche Reaktionen der populistische Grenz-Übertritt hervorruft, wie reaktionär man sein darf, und dann mit vielen Wortverrenkungen wieder einen halben Schritt rückwärts machen.

**Sind die Redakteure des „MM“ mit persönlichen oder gar aggressiven Attacken im Zusammenhang mit der Berichterstattung über Flüchtlinge, Pegida oder AfD konfrontiert worden?**

Ich habe hier etwa 150 Seiten Reaktionen ausgedruckt, das sind allein die Resultate der Monate Februar und März. Wir erhal-

ten eine Menge E-Mails, in denen wir beschimpft werden. Es gab eine Mail, in der ich persönlich bedroht worden bin. In dieser anonymen, mit frei erfundener Adresse versehenen Mail steht: „Gegen dich Dreckschwein, widerlichen Lügner und Kotzbrocken sollte man Strafantrag stellen. Pass schön auf dich auf, wir kriegen dich, dein Auto und Familie werden ein Wunder erleben. Es ist Zeit, dass du fliegen lernst.“ Ich habe einen Strafantrag wegen Beleidigung und Bedrohung stellen müssen, weil das zu weit geht. Die Polizei ermittelt. Aber es gibt auch viele weitere Bekundungen mit ähnlichem Tenor. Im Übrigen kommen solche Sachen aus ganz Deutschland, nicht nur aus dem Verbreitungsgebiet des „Mannheimer Morgen“. Das wiederum zeigt, wie gut der rechte Rand untereinander vernetzt ist.

**Haben die kritischen Reaktionen die Art der Berichterstattung beeinflusst?**

Nein. Unsere Aufgabe ist in unserer Verfassung verankert, nämlich die Demokra-

tie und das Bewusstsein für Demokratie zu fördern und andererseits Mandatsträger, Verwaltung – gemeinhin die mit Macht auf Zeit Ausgestatteten – zu kontrollieren. Genau das haben wir mit dieser Berichterstattung gemacht. Wir haben zu einem brisanten Thema, nämlich der Flüchtlingsfrage, die Bundesvorsitzende einer aufstrebenden Partei interviewt und zu entscheidenden Positionierungen gefragt. Interview bedeutet immer: Fragen, Nachfragen, Nachhaken, Vertiefen. Ein Schießbefehl, wie von Frauke Petry als letztes Mittel gefordert, ist in seiner Forderung so stark und hat etwas mit grundsätzlicher Haltung und Vorstellung zu tun. Die Positionierung einer Partei dazu gibt auch grundsätzliche Auskunft über die Verfasstheit, über die Ziele einer Partei, hier der AfD.

Darüber muss man diskutieren können – und zwar auch so, dass man Petrys Forderung für einen abstrusen, ungläublichen und menschenverachtenden Vorschlag hält. Erschreckend ist, dass ein paar AfD-Freunde nicht mal zur Kenntnis nehmen wollten, dass ihre Vorsitzende den Wortlaut des Interviews freigegeben hat. Stattdessen fabulierten sie von verschwörerischen Mächten, die das erfunden hätten. Ich bin gespannt auf konkrete Inhalte und Lösungen, die die AfD zu bieten hat. Zuverlässigster Bestandteil des AfD-Programms ist bisher "Nein". Das ist einfach und läuft irgendwann leer. Wir werden sie weiter begleiten, prüfen und bewerten, so wie wir das bei jeder anderen Partei auch tun. Das ist unser Auftrag.

**Haben Sie etwa in den Redaktionskonferenzen die Berichterstattung ihres Blattes reflektiert?**

Das Petry-Interview erschien an einem Samstag, 30. Januar. Von da an haben wir natürlich in den Folgetagen schwerpunktmäßig über das Interview und Reaktionen, über Interpretationen, Auswirkungen, Bedrohungen gesprochen und täglich neu überlegt, wie wir das Thema weiter vertiefen können. Dabei sind Leser – im Übrigen nicht wenige Petry-Fans – auf Leserbriefseiten, Wissenschaftler und Politiker ausführlich zu

Wort gekommen. So findet Meinungsbildung statt – in einem offenen, manchmal harten Diskurs.

**Einige Medien haben sich Richtlinien zu Berichterstattung über das Flüchtlingsthema zugelegt. Gibt es Ähnliches beim „MM“?**

Es gibt Richtlinien beim „MM“, die wir aber mit dem Flüchtlingsthema nicht neu definiert haben. Dennoch haben wir über sie gesprochen. Ein wichtiger Punkt ist zum Beispiel die Nennung von Nationalitäten im Zusammenhang mit Straftaten, vor allem, wenn es um Flüchtlinge geht. Wir nennen die Nationalität, wenn sie in einer Polizeimitteilung benannt wird. Trotzdem behalten wir uns vor zu prüfen, ob die Nennung einer Nationalität Relevanz hat.

**Den Medien wird vorgeworfen, dass sie im Zusammenhang mit den Flüchtlingen einen Wohlgefühljournalismus betreiben, die Probleme aber ausblenden.**

Ich glaube, dass es in erster Linie darum geht, dass Hunderttausende in Not mit ihren Familien oder einzeln den lebensbedrohlichen Umständen ihrer bisherigen Heimat entfliehen müssen und sich auf den sehr beschwerlichen Weg nach Europa machen. Das hat alles nichts mit Wohlfühlen zu tun. Einer unserer Reporter, Bernhard Zinke, hat knapp eine Woche in einer Flüchtlingsunterkunft gelebt, gewohnt, war unter ihnen, bei ihnen. Er hat jeden Tag ausführlich berichtet. Glauben Sie mir: Mit Wohlfühlen hat dieses Leben nichts zu tun. Und diese Leute haben ja schon einen beschwerlichen Teil des Weges hinter sich, eine ungewisse Zukunft vor sich und Hoffnung auf bessere Zeiten bei sich. Selbstverständlich muss auch darüber geredet und geregelt werden, wie viel Flüchtlinge ein Land trägt. Ich finde es mutig, weitsichtig und europäisch, wie Bundeskanzlerin Merkel für eine europäische Lösung kämpft. Europa kann und muss hier zeigen, dass es sich als Einheit sieht und nicht als Ansammlung nationalstaatlich denkender Länderfürsten.

*Herr Lübke, wir danken für das Gespräch.*

► **Das Interview führte Jan Cerny**

**Das Petry-Interview im Wortlaut:**  
<http://goo.gl/hhBa8U>  
**Die Autorisierung des Petry-Interviews als Dokumentation:**  
<https://goo.gl/rPHCOF>

## Dirk Lübke

Dirk Lübke (56) ist seit 1. Januar 2015 Chefredakteur beim Mannheimer Morgen.

Volontiert hat Lübke beim Burgdorfer Kreisblatt (bei Hannover), anschließend war er 1986 Redakteur beim Haller Kreisblatt (bei Bielefeld). Die weiteren Stationen: Hannoversche Allgemeine Zeitung/Peiner Allgemeine Zeitung, Sportredakteur und Lokalchef Express/Neue Presse Halle/Saale und Gera, Polizeireporter und Interimslokalchef Neue Presse Hannover, Chefredakteur Remscheider General-Anzeiger, Chefredakteur Zeitungsgruppe Lahn-Dill in Mittelhessen, Chefredakteur Goslarsche Zeitung und stellv. Chefredakteur dapd Nachrichtenagentur, stellv. Chefredakteur Thüringer Allgemeine.

In der Zeit von 1989 bis 1997 absolvierte er ein Journalisten-Weiterbildungsstudium (JWB) an der Freien Universität Berlin mit dem Abschluss: lic.rer.publ.

Der Vater von drei erwachsenen Söhnen spielte in jungen Jahren Fußball als Halbprofi bei Hannover 96 und Arminia Hannover. Heute ist er gern mit Fahrrad, Motorrad und als Hobbypilot mit Flugzeug unterwegs und spielt Schlagzeug.

# DER FELS IN DER BRANDUNG.

DIE WÜRTTEMBERGISCHE VERSICHERUNG.



Gesund und unabhängig zu bleiben, wünschen sich alle unsere Kunden. Wenn es aber doch einmal anders kommt, ist „der Fels in Brandung“ da. Wir helfen Ihnen auf bestmöglichem Wege gesund zu werden und schützen Sie und Ihre Familie vor den finanziellen Folgen im Pflegefall. Verlässlich und ohne Wenn und Aber!

Mehr Informationen bei Ihrem Versicherungspartner vor Ort oder unter [www.wuerttembergische.de](http://www.wuerttembergische.de)

**W&V württembergische**  
Der Fels in der Brandung.

# Der Anwurf der „Lügenpresse“ ist auch ein Hilferuf

## Über den nicht ganz einfachen Dialog mit AfD-Protestwählern

**Eine ungewöhnliche Gesprächsrunde: Zwei Protestwähler, die bei der Landtagswahl 2016 in Baden-Württemberg AfD gewählt haben und die Medien hart kritisiert, auch ein bisschen beschimpft haben, treffen einen Journalisten. Die Dreierunde tauscht nicht nur Meinungen und Standpunkte aus, sondern arbeitet sich ein Stück weit an der Parole von der „Lügenpresse“ ab. Eine persönliche Protokollnotiz.**

Die Vorurteile und Verletzungen waren auf beiden Seiten gleich stark. Immerhin gab es noch Gesprächsbereitschaft. Fast drei Stunden haben sich zwei Protestwähler, die bei der Landtagswahl 2016 in Baden-Württemberg AfD gewählt haben, mit mir unterhalten.

Die Verhärtungen, die den Gesprächsauftritt mit dem Vertreter der „Lügenpresse“ bestimmten, machten sich bereits nach einer halben Stunde nicht mehr bemerkbar. Meine beiden Gesprächspartner öffneten sich in einer bemerkenswerten Weise.

Das war nicht zu erwarten gewesen. Denn als ich um dieses Gespräch bat, waren die beiden voller Argwohn. „Ich will mich nicht von einem geschulten Journalisten vorführen lassen“, lautete der Einwand von Walter, 68 Jahre, Pensionär, davor Sachbearbeiter in der öffentlichen Verwaltung. Walter war einmal Sozialdemokrat, hat die Partei aber aus Protest gegen die Agenda 2010 verlassen.

Thomas, 32 Jahre, Informatiker, hat ein anderes Problem. Er arbeitet bei einem amerikanischen Konzern und will nicht, dass sein Arbeitgeber von seiner Wahlentscheidung erfährt. Er befürchtet berufli-

che Nachteile. Thomas bezeichnet sich als überzeugten Wechselwähler.

### Im Schutz der Anonymität öffnen sich die AfD-Sympathisanten

Ich sichere beiden völlige Anonymität zu und biete an, dass sie Texte, die ich über unser Gespräch schreibe, vor der Veröffentlichung lesen können. Wenn sie ihre Anonymität dann gefährdet sehen, wird dieser Text so nicht veröffentlicht.

Und ich erläutere noch einmal mein Motiv, warum mir dieses Gespräch so wichtig ist. Ich argumentiere, dass ich für diesen Beruf brenne, eine Siebentagewoche in Kauf nehme, um Lecks in die Dunkelkammern der Mächtigen zu schlagen, bis zur Erschöpfung arbeite, mich enormen Anfeindungen aussetze, um diesen Journalismus machen zu können, den ich da seit vielen Jahren betreibe. Ich schildere, wie sehr es mich ärgert, ja sogar wütend macht, wenn ich dann als „Lügenjournalist“ diffamiert werde.

„Das betrifft Sie ja nicht direkt“, versucht Thomas abzuwiegeln und sagt: „Teile der Medien sind Lügenpresse, nicht alle Journalisten sind Lügenjournalisten“. Ich widerspreche, zeige Mails von AfD-Mitgliedern und Sympathisanten, in denen ich sehr eindeutig als „Lügenjournalist“ und „linke Zecke“ beschimpft, die Medien, für die ich arbeite, als „Lügenpresse“ diffamiert werden.

Dass der Vorwurf der „Lügenpresse“ einzelne Menschen trifft, irritiert die Protestwähler. „Sie können aber nicht leugnen, dass auch Ihre Arbeit dem Tendenzschutz unterliegt“, wendet Walter ein. Ich schildere,

dass ich mich auch deshalb noch immer im DJV engagiere, weil ich den Tendenzschutz abschaffen will.

Meine Berichte, dass Redaktionsleiter, die völlig anderer Meinung waren als ich, dennoch meine Kommentare über den Sender gehen ließen, dass ARD-Hierarchen auf CDU-Ticket Beiträge von mir abgenommen haben, die CDU-Minister durchaus ins Schwitzen brachten, lassen meine beiden Gesprächspartner nachdenklich werden. Sie halten das für einen Sonderfall, nehmen mir nicht ab, dass ich erhebliche Binnenpluralität in den Funkhäusern erfahren habe. Nicht einmal mit meinen Beiträgen zu den Versäumnissen des Innenministeriums in der Flüchtlingsfrage kann ich überzeugen. „Das Flüchtlingsthema ist doch eher ein Symbol“, meint Thomas. Er empfindet die Diskussion um Migranten, Integration und Grenzsicherungen als Symbol für die Arroganz der Macht, die die Regierenden an den Tag legen.

### Viele Vorwürfe habe ihre Berechtigung

Es sei ein Symbol für die Marginalisierung und sogar völlige Entmachtung des eigentlichen Souveräns. „Aber diese symbolischen Diskussionsbeiträge bringen für die alltägliche Politik nichts“, führt Walter den Gedanken von Thomas fort. Ihre Gegenbeispiele kommen dann aus dem kommunalen Bereich. Die S-21-Berichterstattung der Stuttgarter Zeitung wird angeführt. Gleich neun Beispiele für einen einseitig verantwortungslosen Journalismus von lokalen Blättern legen sie mir vor. Die Beispiele beeindruckten mich. Und ich gestehe zu, dass es Tendenzjournalisten gibt, dass die Gefahr bei lokalen und

regionalen Blättern größer ist als in den Funkhäusern. So ganz allmählich kommen wir zum Kern des Problems. Meine beiden Gesprächspartner sind in unterschiedlichen Situationen in den Fokus ihrer jeweiligen Lokalzeitung geraten. Walter ist von einem Ressortleiter Kreis sogar über mehrere Wochen seinem Empfinden nach publizistisch regelrecht niedergeknüppelt worden. Er erinnert an die Mailaffäre im Remsecker Rathaus und an den Pattonviller Finanzskandal, wo es beides mal ähnlich zugegangen sei.

### Journalistische Fehlverhalten Einzelner wird verallgemeinert

Aber das war das Fehlverhalten einiger weniger Journalisten, halte ich dagegen. Walter und Thomas sehen das anders. Sie halten solches Fehlverhalten für systembedingt und damit „für von oben gesteuert“. Immerhin erkennen sie an, dass es Journalisten gibt, die der Einflussnahme von Politikern widerstehen. „Aber das ist eine verschwindende Minderheit“, begründen sie ihre mir etwas zu pauschale Bewertung journalistischer Arbeit.

Politiker und Journalisten begegnen ihnen oftmals mit derselben Arroganz der Macht. Daraus leiten sie ab, dass „die da oben ein abgekartetes Spiel spielen“. Das sei nicht ganz von der Hand zu weisen, versuche ich einen Näherungsansatz, aber auch das hänge doch von der persönlichen Integrität einzelner Journalisten ab.

Dem stimmen sie zu. Zu viele dieses Berufsstandes seien aber korrumpierbar. Dass sie aus Protest eine Partei gewählt haben, deren Spitzenvertreter fordern, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk abzuschaffen und deren Mitglieder in vielen Fällen den Ruf von der „Lügenpresse“ weiterhin als Kampfpapare erschallen lassen, rechtfertigen sie noch einmal: „Berechtigte Kritik am Oberbürgermeister oder am örtlichen Landtagsabgeordneten wird von den Lokalredakteuren abgemeinert. Da ist ein schmieriger Filz von Journalismus und Politik entstanden. Und den leugnen Journalisten einfach, wollen ihn vertuschen.“



### Lokalpolitik ist oft ein rauhes Geschäft

Ich wende ein, dass meine Kollegen und ich da ja sehr viel aufgedeckt haben. Zeige auf, dass sich weder in der Mailaffäre noch in der Finanzaffäre diejenigen durchsetzen konnten, die vertuschen wollten. Hier ist aufgeklärt worden, und diese Aufklärung sei primär eine journalistische Leistung gewesen.

„Aber diese Aufklärung ist doch von Politikern und Journalisten gemeinsam behindert worden“, entgegnet Walter, der beide kommunale Dramen über viele Jahre sehr genau beobachtet hat. Mein Einwand: Natürlich gibt es auch unter Journalisten denselben Anteil Krimineller, Feiglinge und korrupter Pantoffelhelden, die in jede ihnen vorgegebene Richtung schreiben. Mit dem Vorwurf der „Lügenpresse“ würden sie aber nicht nur diese willigen Toy Boys treffen, sondern auch die vielen aufrechten Kolleginnen und Kollegen. Außerdem sei ich ja ihrer Meinung, dass es von den Aufrechten zu wenige in unserem verrohten Gewerbe gebe. Das reicht den beiden nicht. Und so gehen wir nach mehrstündigem Gespräch auseinander, ohne dass sich die Positionen angenähert hätten. Walter und Thomas werden auch künftig am Stammtisch und im privaten Kreis über die „Lügenpresse“ schimpfen. Aber sie empfinden das ge-

nauso wie ihre Stimmabgabe für die AfD bei der Landtagswahl als Akt der Notwehr.

### „Lügenpresse“ als der Schrei der Hilflosen

Sie wollen sich damit gegen massives Fehlverhalten einzelner Journalisten und Politiker wehren und nehmen die Pauschalisierung dabei gern in Kauf. „Wenn man mit dem Rücken an der Wand steht, bleibt keine Zeit mehr für Differenzierung“, hat Thomas während unseres Gesprächs argumentiert. Walter und Thomas haben durchaus Anlass, das System der „Checks and Balances“, das unsere rechtsstaatliche Demokratie ausmacht, als gefährdet anzusehen. Ihre Protestwahl verstehen sie als „Schrei der Hilflosen“, die auf andere Weise auf die Situation und ihre eigene unglaubliche Betroffenheit nicht mehr aufmerksam machen können. Immerhin haben wir vereinbart: Es wird nicht das letzte Gespräch sein, das wir über „nicht belangbare Journalisten und Politiker“ und darüber, dass tatsächlich etwas faul ist im Staate Deutschland, geführt haben. Aber es war vielleicht das erste Gespräch mit der Einladung, durch offene Diskussion etwas zu verändern. Ich bin nach diesem Gespräch jedenfalls nicht mutlos nach Hause gefahren.

► Peter Welchering

# „Modell Fusion“ startet mit Totenglöckchen

## Die SWMH spart, verstörte Redaktionen sortieren sich neu und die Leser sollen nichts merken

Seit April bleibt sonntags der Briefkasten leer, „Sonntag Aktuell“ ist Geschichte. Gleichzeitig ging ein neues Konzept an den Start: Das Stuttgarter Pressehaus testet, wie mit nur einer Redaktion zwei Tageszeitungen ihr Profil schärfen können.

Ein Osterei der besonderen Art fanden die Abonnenten am Ostersonntag in ihren Briefkästen. Vor ihnen lag die letzte Ausgabe von „Sonntag Aktuell“, immerhin Deutschlands zweitgrößter Sonntagszeitung mit zum Schluss noch einer Auflage von ca. 550.000 Exemplaren. Die siebte Auflage der Tageszeitung ging bis dato nicht nur an die Abonnenten und Abonnentinnen von Stuttgarter Zeitung und Stuttgarter Nachrichten, sondern wurde mal über insgesamt 17 Regionalzeitungen verteilt.

Die Einstellung war letztlich ein angekündigter Abgesang, der aber mit viel Verlogenheit vollzogen wurde. Noch letzten August teilte Eva Dehoust, Leiterin der SWMH-Unternehmenskommunikation, dem DJV mit, es sei „noch kein Beschluss hinsichtlich der Umsetzung des zukünftigen Konzeptes von Sonntag Aktuell gefasst worden, Ergebnisse und sich daraus ergebende Entscheidungen sind noch offen“. Wenn das Konzept entschieden sei, würde man intern und auch extern informieren. In der letzten Ausgabe vom 27. März hieß es auf der Titelseite, „vor allem wirtschaftliche Gründe haben Gesellschafter und Kunden-Verlage zu diesem Schritt bewogen“.

### Die Abonnenten haben das letzte Wort

Das Siechtum von „Sonntag Aktuell“ hatte bereits mit der Entlassung ihrer Redaktion im Jahr 2010 begonnen. Seither wurde die Sonntagszeitung wie ein liebloses Nebenher-Produkt behandelt. Das blieb auch

den Lesern nicht verborgen, die teils grummelten, aber letztlich am Sonntag doch gerne zum Briefkasten gingen. Die Leser werden sich nun fragen, warum sie für den stolzen Preis von 484,80 Euro Jahres-Abo-Gebühr („Klassik“-Abonnement) nur noch sechs Ausgaben bekommen. Abgefunden werden sie mit einem Veranstaltungsteil am Donnerstag und am Samstag mit einem Magazin namens „Wochenende“, das man sich schwäbisch sparsam für den Sonntagslesegenuss aufbewahren kann. „Aus Leserbefragungen wissen wir, was Ihnen wichtig ist – und haben diese Elemente im neuen Leseangebot für das Wochenende erhalten“, so machen die Chefredakteure den Abonnenten das um eine Druckausgabe eingedampfte Angebot schmackhaft. Aktuelle Sportnachrichten gibt es seit dem 3. April nur noch als digitales Angebot.

Wie die so umschmeichelten Abonnenten reagieren, bleibt abzuwarten. Im Stuttgarter Pressehaus der Südwestdeutschen Medienholding (SWMH) geht man von bis zu 10.000 Abo-Kündigungen aus.

### Mit dem Roller durch den Newsroom

Das wird womöglich nicht das Ende der Fahnenstange sein. Denn fast gleichzeitig wird auch der „neue Stuttgarter Weg“ umgesetzt, also die Gemeinschaftsredaktion für Stuttgarter Zeitung und Stuttgarter Nachrichten (siehe auch Topthema im Blickpunkt 2/2015). Ihr Herzstück ist der neue gemeinsame Newsroom. Auf ca. 1.110 Quadratmetern, über 62 Meter lang, ausgerichtet für 85 redaktionelle Arbeitsplätze. Die ersten Roller haben sich die Kolleginnen und Kollegen angeschafft, um die Gebäudetrakte auf zwei Stockwerken zeitsparend zu durchqueren, damit die direkte Kommunikation auch weiterhin funktioniert. Doch Mitglieder der neuen



Gemeinschaftsredaktion beschreiben den Start als holprig. An vielen Stellen mussten Redakteure und Blattmacher mit technischen Problemen kämpfen. Viele Abläufe waren im Vorfeld entweder nicht bedacht oder falsch geplant worden, was reichlich vermeidbare Mehrarbeit bedeutete. 240 redaktionelle Vollzeitstellen soll es weiterhin geben. Das klingt viel, doch es sind 35 weniger als vor der Fusion, bei erhöhten Arbeitsanforderungen durch zusätzliche Aufgaben. Weil einige Kolleginnen und Kollegen den neuen Weg nicht mitgehen wollten, zogen sie es vor, sich abfinden zu lassen und ersparten damit auch dem Verlag betriebsbedingte Kündigungen. Dank standfester Betriebsräte und der Beratung durch die Gewerkschaften DJV und dju/ver.di konnten die Abfindungen geregelt und die grundsätzliche Neusortierung der redaktionellen Arbeitsplätze in der neuen Redaktionsgesellschaft in vernünftige Bahnen geleitet werden. Was für die Geschäftsführer als „Provokation“ angesehen wurde, war der legitime Anspruch auf Regelungen für Arbeitszeiten und deren Erfassung, Urheberrechte, Feste Freie sowie Tarifbindung.

Trotzdem: Der Arbeitsdruck steigt, denn weniger Kollegen sollen immer mehr Kanäle füllen. „Online first“ wurde schon lange als Richtschnur ausgegeben. Das funktioniert nur mit einem Mehrschichtbetrieb, natürlich ohne Zulagen, die in anderen Branchen selbstverständlich sind. Je nach Aufgabengebiet beginnt die Arbeitszeit in der Früh um 6 Uhr (Digitaleinheit) oder sie endet erst um 24 Uhr (Politik und Digitales).

### 24 Titellautoren, der große Rest füllt den „Nichts-Kanal“

Flexibel sein ist alles, nicht nur in Bezug auf die Arbeitszeit, sondern auch bei der Bearbeitung der Inhalte für unterschied-

liche Kanäle. Mal eben bei einem Termin Social Media bedienen, dann die Online-Auftritte, danach für die gedruckte Ausgabe schreiben und womöglich am Schluss noch eine aktualisierte Überarbeitung des Themas verfassen – natürlich für die Verwendung in beiden Stuttgarter Blättern. Nicht umsonst hat sich die Bezeichnung „Stuttgarter Zeitungsnachrichten (STZN) eingebürgert. Bei Preseterminen treffen andere Journalisten statt bisher zwei nur noch eine Kollegin bzw. einen Kollegen aus dem Stuttgarter Pressehaus. Dennoch ist es laut STZ-Chefredakteur Joachim Dorfs das erklärte Ziel, weiterhin zwei unterschiedliche Zeitungen zu produzieren. Für das jeweilige Profil von Stuttgarter Zeitung bzw. Stuttgarter Nachrichten sollen jeweils drei exklusive erste Seiten sorgen, die von insgesamt 24 Titellautoren (inklusive der beiden Chefredakteure) bestückt werden – je 12 pro Zeitung. Der große Rest ist Aufgabe der Gemeinschaftsredaktion. Die füllt hauptsächlich den „Nichts-Kanal“ im Redaktionssystem. So benannt, weil man „Nichts“ anklicken muss, damit ein Inhalt auf alle Kanäle ausgespielt wird.

### Frauen sind eindeutig unterrepräsentiert

Im Schleudergang der Redaktionsneuordnung sind Frauen in Leitungsfunktionen fast untergegangen und im Verhältnis weit unterrepräsentiert. Nur zwei Frauen haben es auf einen Ressortleiterposten geschafft: Anne Guhlich (STN) für das Ressort Wirtschaft, für den Bereich „Multimediale Reportage“ ist Stefanie Zenke verantwortlich. Als einzige Frau unter 24 Titellautoren behauptet sich Hilke Lorenz (STZ). Die „Digital Unit“ leitet Swantje Dake. Allerdings ist diese Einheit in die SWMH-eigene Tochterfirma SIR (Stuttgart Internet Regional) ausgelagert. Dort gibt es keinen Betriebsrat, keine Tarifbindung und es gilt die 40-Stunden-Woche.

### Was bleibt: Tarifbindung und ein G’schmäcke

Kein Happy End, aber eine gute Nachricht ist der Weiterbestand der Tarifbindung für die neue Redaktionsgesellschaft mit dem gewöhnungsbedürftigen Namen „Die Redaktion Stuttgarter Zeitung Stuttgarter

Nachrichten GmbH“. Um dies möglich zu machen, hat der VSZV (Verband Südwestdeutscher Zeitungsverleger) seine Satzung geändert. Nicht mehr nur selbständige Verlage können Mitglied werden, sondern auch „selbständige Unternehmen, die durch Lieferung von redaktionellen Beiträgen zur Erstellung des wesentlichen Teils einer Zeitung beitragen“. Mit dieser Regelung ist der VSZV in seinem Bundesverband beispielgebend. Die Satzungsänderung wurde natürlich nicht gemacht, um den festen und freien Redaktionsmitgliedern einen Gefallen zu tun, sondern um nicht ein gut zahlendes Verbandsmitglied zu verlieren. Immerhin bleibt so die neue Redaktionsgesellschaft des Stuttgarter Pressehauses in der Bindung aller geltenden Tarifvereinbarungen.

Die Kolleginnen und Kollegen von STZ und STN sind nicht beruhigt, sie empfinden eine tiefe Wut, fragen sich, warum es soweit kommen musste, dass ein lange profitabler Verlag aus wirtschaftlichen Gründen solche Einschnitte vollzog, mit ungewissem Ausgang.

► Dagmar Lange

Jetzt für alle Mitarbeiter von Medien-Unternehmen

**Die Rente zum halben Preis!**

Mehr Rente für die Medienbranche

Presse-Versorgung

## Leipzig an alle: „Für das Wort und die Freiheit“

Kulturschaffende für Meinungs- und Pressefreiheit



„Für das Wort und die Freiheit“: Die zur Eröffnungsveranstaltung geladenen Gäste der Leipziger Buchmesse bekannten sich im Gewandhaus zum Artikel 19 der Erklärung der Menschenrechte und sandten mit Plakaten ein Signal für Pressefreiheit und Toleranz aus Leipzig in die ganze Welt. Foto: Maria Ebert

Die Buchbranche hat auf der diesjährigen Leipziger Buchmesse (17. bis 20. März 2016) ein starkes Signal in die Welt gesendet: „Für das Wort und die Freiheit“ lautete die Botschaft.

Über den Lehnen aller 1900 Sitzplätze des Großen Saals im Leipziger Gewandhaus, dem Ort, an dem die Buchmesse traditionell eröffnet wird, hingen dieses Jahr DIN A3-Plakate, bedruckt mit weißen und grauen Lettern auf schwarzem Grund. Die Gestaltung folgte der des Slogans „Je suis Charlie“, den der französische Musikjournalist Joachim Roncin im Januar 2015 kreiert hatte. Zur Bühne wurde der terrassenartig gegliederte Konzertsaal, als der Tübinger Buchhändler Heinrich Riethmüller, seit 2013 Vorsteher des Branchenverbands Börsenverein des Deutschen Buchhandels e.V., um 19:50 Uhr seine Begrüßung mit der Bitte beendete: „Erheben Sie sich und halten Sie das Plakat „Für das Wort und die Freiheit“ als Forderung nach weltweiter Meinungsfreiheit und als Zeichen der Solidarität für die verfolgten Au-

torinnen und Autoren, die Verlagsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter in die Höhe.“

Das Publikum setzte sich aus Autoren, Übersetzern, Verlegern, Buchhändlern und anderen Kulturschaffenden sowie zahlreichen Politikern zusammen. Sie alle waren sich in puncto Meinungs-/Pressefreiheit einig und präsentierten ihre Plakate mit Blick auf die majestätische Schuke-Orgel und den am Orgelprospekt angebrachten Gewandhaus-Leitspruch „Res severa verum gaudium“ (lat. für „Wahre Freude ist eine ernste Sache“) aus der Feder des römischen Philosophen Seneca.

Es war der Auftakt zu einer Debatte, die an den folgenden Tagen in den Messehallen geführt wurde. Basis einer demokratischen Gesellschaft sind die freie Meinungsäußerung sowie der uneingeschränkte Zugang zu Informationen und Ideen. „So ist es in Artikel 19 der Erklärung der Menschenrechte festgeschrieben.

In vielen Teilen der Welt aber werden Autoren, Übersetzer, Verleger und Buchhändler bei der Ausübung ihres Berufes behindert oder sind von Gefängnis, Folter oder Tod bedroht.“ Mit diesen Worten erklärten der Börsenverein und die Leipziger Messe ihre gemeinsame Aktion, die dem Buchhändler Riethmüller auch ein persönliches Anliegen gewesen ist.

Es war eine politische Messe. Einschließlich der „Leipzig liest“-Veranstaltungen wurden 260.000 Besucher gezählt, von denen 195.000 auf das Messegelände kamen, um dem Wort in all seinen Facetten nachzuspüren, Geschäfte anzubahnen sowie mit in- und ausländischen Autoren, Verlagsleuten und Medienvertretern ins Gespräch zu kommen. Aus Baden-Württemberg waren 147 Aussteller auf der Leipziger Buchmesse vertreten. Direktor Oliver Zille zeigte sich zufrieden: „Die Leipziger Buchmesse erwies sich erneut als Ort des Diskurses und Hort der Meinungsfreiheit.“

► Maria Ebert

## Journalisten profitieren kaum

Neuer Entwurf zum Urheberrechtsgesetz



Update aus Brüssel: Maria Martin-Prat, Leitung der Abteilung Urheberrecht, Directorate General for Communications Networks, Content & Technology (DG Connect) bei der Europäischen Kommission, erklärte Urheberrechtlern kürzlich beim „2. Kongress Urheberrechtspolitik 2016“ in Berlin, was die EU für 2016 im Köcher hat. Foto: Carla Erhart

Autorinnen und Autoren werden den 16. März 2016 in schlechter Erinnerung behalten, denn an diesem Tag hat die Bundesregierung den neuen Referentenentwurf des Urheberrechtsgesetzes (UrhG) diskutiert und aus Sicht der Kreativen in verschlechterter Form abgesehen.

Im vergangenen Jahr war Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) noch entschlossen, die Situation der Kreativen zu verbessern. Sie werden immer häufiger mit unangemessenen Einmalzahlungen (Total Buy-outs) abgespeist. Dass Maas nun in zentralen Punkten umgekippt ist, lag – das haben auf der Leipziger Buchmesse sogar die Verleger öffentlich zugegeben – entscheidend an einigen bekannten Autoren (darunter Friedrich Ani, Hans Magnus Enzensberger und Peter Handke), die Ende 2015 von den Verlegern mobilisiert wurden: In einem Offenen Brief an die Bundesregierung hatten sie online gegen die angeblich schädlichen Folgen des Gesetzesentwurfs protestiert und ein Urheberrecht gefordert, das neben der „Kreativität und Selbstbestimmung der Autoren auch die Leistungen ihrer Verlage schützt“.

Natürlich gelten Gesetze erst, nachdem sie im „Bundesgesetzblatt“ veröffentlicht wurden. Nach der Kabinettsentscheidung

vom 16. März ist jedoch zu erwarten, dass der UrhG-Entwurf in der veränderten Form durchgehen wird.

Was heißt das für DJV-Mitglieder? Mindestens die drei folgenden Punkte des UrhG-Entwurfs sollte jedes Mitglied kennen:

**Das Rückrufrecht (§ 40a UrhG-E):** Sofern eine pauschale Vergütung vorliegt, kann der Urheber sein Werk nach zehn Jahren zurückrufen und anderweitig bewerten. Im ersten Gesetzesentwurf hatte Maas lediglich fünf Jahre vorgesehen. Zurückgerufen werden kann auch bei Lizenznehmern des ersten Verwerter. Und: Fünf Jahre nach Erstveröffentlichung können die Vertragspartner einvernehmlich die Fortdauer der Exklusivität verabreden. Hohe Wellen geschlagen haben die Fristen vor allem im Buchbereich. Autoren bei Tageszeitungen und Zeitschriften sind jedoch ebenfalls betroffen: Für ihre Beiträge gelten immer häufiger Total Buy-outs. Texte, Bilder und Karikaturen wandern in digitale Archive. Mit diesen Archiven verdienen die Medienunternehmen Geld, von dem Journalistinnen und Journalisten in der Regel jedoch nichts sehen.

**Das Auskunftsrecht (§ 32d UrhG-E):** Der bisherige Referentenentwurf sah vor,

dass der Urheber gegenüber jedem Werknutzer einen Auskunftsanspruch hat. Dies wurde am 16. März geändert: Nach dem neuen Entwurf kann ein Urheber lediglich von seinem direkten Vertragspartner Auskunft verlangen und zwar einmal pro Jahr. Auch hier sind Journalisten insbesondere dann betroffen, wenn ihre Beiträge digital weitergenutzt werden. Eine Anfrage beim Verlag kann sich lohnen, denn sollte der Artikel nachträglich Bestsellerqualitäten entfalten, müssen Verlage ihre Online-Erlöse künftig mit dem Autor teilen.

**Das Verbandsklagerecht (§ 36b UrhG-E):** Wird in Individualverträgen von den gemeinsamen Vergütungsregeln abgewichen, sollen Urheberverbände, beispielsweise der DJV oder der Schriftstellerverband VS, das Recht haben, gegen den jeweiligen Verlag zu klagen. Das Verbandsklagerecht soll verhindern, dass Verwerter klagefreudige Autoren auf schwarze Listen setzen und künftig nicht mehr beauftragen. Nach Einschätzung von Urheberrechtlern hat dieses Recht der Gewerkschaften aber seine Tücken: Im Zuge juristischer Auseinandersetzungen wird in der Regel zumindest für Insider deutlich, um welchen Urheber es sich handelt.

► Carla Erhart

# Zwischen Sexismus, Flüchtlingspolitik und Medienalltag

DJV-Journalistinnenitag „FRAU MACHT MEDIEN 2016“

„Wir sind in Köln – Im Himmel ist noch Platz für mutige Frauen!“, motiviert die Journalistin und SPD-Bundestagsabgeordnete Michelle Müntefering in ihrem Impulsreferat „zwischen Prominenz und Profil“ alle Anwesenden.

Bei der neuen Tagung in Köln sollte unter anderem das Frauenbild in Deutschland im Spannungsfeld von Sexismus, der Flüchtlingspolitik und im Medienalltag besprochen werden.

Den Journalistinnenitag mit verschiedenen Referentinnen hatte Mechthild Mäsker vorbereitet. Als DJV-Mitglied setzt sie sich besonders für die Gleichstellung von Mann und Frau ein. Seit Mitte der 90er Jahre ist sie Bundesvorsitzende des Fachausschusses, der unter anderem alle zwei Jahre den DJV-Journalistinnenkongress „Frau macht Medien“ organisiert.

Henriette Reker, Oberbürgermeisterin von Köln und nach den Silvesterausbrechungen gegen Frauen in Köln vielfach wegen ihrer Empfehlung „eine halbe Armlänge Abstand zu halten“ kritisiert, kam gleich auf diesen Vorwurf zu sprechen. Sie legte großen Wert darauf, dass man derartige Dinge nicht einfach „tapfer weglächeln“ dürfe. An Karneval habe



Grußwort der Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker. Foto: Silke Schneider-Flaig

man die größte Zusammenarbeit zwischen Stadt und Polizei gehabt, die es je gab. „Und es hat geklappt!“, betonte sie. Köln dürfe nicht in der Öffentlichkeit nicht auf eine Silvesternacht mit brutalen Übergriffen auf Frauen reduziert werden. Darüber hinaus kritisierte Reker, dass die Lebenswirklichkeit vieler Frauen in den Medien kaum stattfindet. Die bei einer Legida-Demonstration angegriffene Journalistin Ine Dippman schilderte eindrucksvoll ihre Erfahrungen. „Unser Beruf ist die Auseinandersetzung mit Argumenten“, betonte sie. „Doch viele können oder wollen offensichtlich statt Argumente lieber Gewalt einsetzen. Dem müssen wir entgegenstehen!“ ZDF-Redakteurin Britta Hilpert stellte fest, dass die „Lügenpresse-Rufe“ die Menge aufstacheln und aggressiv machen.

Dies gebe denen, die Journalisten bedrängen, Rückhalt. Auch die stellvertretende NRW-Ministerpräsidentin, Sylvia Löhrmann, beschrieb aus eigener Anschauung, dass Frauen unter Dauerbeobachtung stehen und nach wie vor mit Äußerlichkeiten beschrieben werden.

In den Workshops wurde über unterschiedliche persönliche und professionelle Themen diskutiert, so etwa über die Darstellung von Frauen in den Nachrichten, Tipps zu Karriereplanung oder den persönlichen journalistischen Auftritt. Zum Abschluss trug Ninia Binias einen Poetry Slam vor, der viel trockenen Humor aufwies.

Dr. Mechthild Mäsker fasste den elften Frauenkongress, bei dem zirka 110 Journalistinnen aus ganz Deutschland erschienen, mit den Worten zusammen: „Auch fast 100 Jahre nach der Suffragettenbewegung gibt es für uns Frauen noch viel zu tun auf dem Weg zu echter Gleichberechtigung in Deutschland. Der Gewalt allgemein und insbesondere der gegen Frauen müssen wir gemeinsam als Gesellschaft entgegenstehen!“

➤ **Silke Schneider-Flaig**  
**Karin Benzmann**

## 17.000 Euro für in Not geratene Journalisten

Sozialfonds der Presse Freiburg zieht Bilanz

Pressemitteilung. Mehr als 17.000 Euro hat der Sozialfonds der Presse Freiburg im letzten Jahr an Unterstützungen für Journalistinnen und Journalisten zur Verfügung gestellt – so viel wie noch nie seit der Wiedergründung des Vereins vor zwölf Jahren. Summiert haben die ausgeschütteten Leistungen inzwischen die Grenze von 100.000 Euro überschritten. Die in der Regel als Einzelfallhilfen gewährten Gelder kommen solchen Journalistinnen und Journalisten zugute, die – überwiegend als Freie Mitarbeiter – durch Krankheit oder andere Umstände in Not geraten

und damit Einkünfte verlieren. Um diese Notlagen kurzfristig zu überbrücken, steht der Sozialfonds der Presse bereit.

Seine Einnahmen generiert der Verein aus den Beiträgen der rund 100 Mitglieder, Spenden und vor allem aus den Gebühren für die Zweitverwertung von Artikeln im Internet. Weil Mitarbeiter auf diese Gelder zugunsten des Sozialfonds verzichten, fließt jährlich ein vierstelliger Betrag in das Vereinsvermögen und kommt Journalisten in Notlagen zugute. Die zweite wichtige Einnahmequelle ist der Reinerlös

der Benefiz-Veranstaltung „Avanti Dilettanti“ in der Wodan-Halle, in der einmal jährlich Medienschaffende und Prominente auf die Bühne gehen und das Programm für einen guten Zweck gestalten.

Die Veranstaltung 2016 findet am Samstag, 22. Oktober, ab 19.30 Uhr in der Wodan-Halle statt. Karten für „Avanti Dilettanti“ sind voraussichtlich ab Mitte September beim BZ-Kartenservice, Bertoldstraße 7, erhältlich. Der Sozialfonds im Internet: [www.sozialfonds-freiburg.de](http://www.sozialfonds-freiburg.de)

➤ **red.**

# Willi-Bleicher-Preis an Maria Wetzel

Journalismus-Preis der IG Metall Baden-Württemberg 2015



Maria Wetzel. Foto: Privat

In der Begründung der Jury heißt es: „Die Jury hat sich entschlossen, den Willi-Bleicher-Preis in der Kategorie Print/Online zwei Mal zu vergeben.“

Einer der Preise geht an das DJV-Mitglied Maria Wetzel für „Ausgebremst in der Elternzeit“. „Der Fortschritt ist eine Schnecke“, sagt ein bekanntes Sprichwort. Lange hat es gedauert bis die Unternehmen sich auf familienfreundlichere Arbeitszeitmodelle eingelassen haben. Doch manchen ist selbst Schnecken tempo zu rasant. Dies zeigt eindrucksvoll der Beitrag von Maria Wetzel „Ausgebremst in der Elternzeit“, den sie in den „Stuttgarter Nachrichten“ veröffentlicht hat. Es ist ein Fortschritt, dass Eltern nach der Geburt eines Kindes ein Recht auf Teilzeit haben, um Beruf und Familie besser miteinander in Einklang zu bringen. Eltern haben so die Möglichkeit, durch eine Teilzeittätigkeit

beruflich am Ball zu bleiben und sich trotzdem um ihr Kind / ihre Kinder zu kümmern. Eine vernünftige Sache sollte man denken. Doch noch immer wird diese Regelung von einigen Unternehmen regelrecht hintertrieben. Maria Wetzels Artikel macht an einigen Beispielen auf die unterschiedlichen Methoden aufmerksam mit denen dies geschieht. Willkürliche Ablehnung, vorgeschobene „dringende betriebliche Gründe“, Nichtberücksichtigung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die von der Elternzeit zurückkehren wollen – die Liste der berechtigten Klagen ist lang. Für die Jury steht außer Frage, dass der Verdienst von Maria Wetzel darin besteht, diese Ungerechtigkeit in das Blickfeld gebracht zu haben. Sie tut das in einem ruhigen, unaufgeregten Ton, in einem mit Beispielen unterlegten Artikel. Es sind solche Arbeiten, die dazu beitragen, dass sich die

Schnecke Fortschritt trotz allem weiterbewegt.“

Maria Wetzel hat katholische Theologie, Geschichte, Sozialwissenschaften und Erziehungswissenschaft in Freiburg und Münster studiert und mehrere Jahre als freie Journalistin gearbeitet, darunter zwei Jahre in den USA. Wetzel, Jahrgang 1960, ist seit 1992 bei den Stuttgarter Nachrichten. Ihre Schwerpunkte sind Bildung, Soziales und Kirche. Wir gratulieren zum Willi-Bleicher-Preis. ➤ **red.**



Tag der Zahngesundheit in Biberach



Presseforum im Universitätsklinikum in Freiburg

➤ **Das Informationszentrum Zahngesundheit (IZZ)** steht seit 25 Jahren im Dienst der Kommunikation – mit Freude, Kompetenz und Offenheit. Wünschen Sie Informationen zum Thema Zahnmedizin in Baden-Württemberg im Allgemeinen oder zur Zahngesundheit der Kinder und Jugendlichen im Besonderen?

Das sind nur einige der Fragen, die wir Ihnen gerne zusammen mit unseren Experten beantworten. Wir freuen uns auf den Dialog mit Ihnen. Kommen Sie doch einfach vorbei in unseren neuen Räumen im Herzen von Stuttgart.

➤ **Weitere Informationen**

**izz** Informationszentrum  
Zahngesundheit  
Baden-Württemberg

Königstraße 26  
70173 Stuttgart  
[www.izz-on.de](http://www.izz-on.de)

Mail: [johannes.clausen@izz-online.de](mailto:johannes.clausen@izz-online.de)  
Fon: 0711/222 966-0/-10  
Fax: 0711/222 966-20

## Journalismus heute

Medienwissenschaftler aus Tübingen berichteten von ihren Recherche-Arbeiten



Autorinnen Constanze Ramsperger, Svenja Müller und Juliane Kessler sowie dahinter die Professoren und Herausgeber Wolfgang Messner und Rainer Nübel (jeweils v.l.n.r.)  
Foto: Dieter E. Gellermann

Länger als ein Semester widmeten sich 13 Studentinnen der Medienwissenschaft an der Universität Tübingen zusammen mit ihren Professoren einem selbst ausgesuchten Medienthema. Dafür begaben sie sich auf Recherche. Über ihre Begegnungen und die daraus resultierenden Erfahrungen zum realen Journalismus verfassten die Studentinnen Beiträge für den Medienreport „Hinter den Zeilen“, der im Klöpfer & Meyer-Verlag als Buch und ebook erschienen ist. Drei der Autorinnen und zwei der begleitenden Professoren standen am 24. Februar den DJV-Mitgliedern und Interessierten Rede und Antwort. Sie berichteten von der Themenfindung, von den Recherchen, von Gesprächen mit den Beteiligten und vom Entstehen des Buches. Die Autorinnen trugen kurze Passagen daraus vor, gaben so Einblicke in die Hintergründe und beantworteten Fragen der Zuhörerinnen und Zuhörer.

Thema von Constanze Ramsperger war das persönliche Schicksal eines Mannes, der im Alter von 36 Jahren nach einem tragischen Autounfall und medizinischen Pannen dauerhaft zum Schmerzpatienten wurde. Heute ist er im Rentenalter. Doch wie erzählt man solch eine Geschichte? Ramsperger fand eine Leitlinie beim französischen Philosophen Paul Ricœur. Reine

Fakten bleiben bei poetischen Lösungen zurück. Das „sinnvolle Ganze einer Biographie entsteht erst später.“ Dennoch entstand aus den Gesprächen mit dem Betroffenen eine umfangreiche emotionale Geschichte, die die Leser einbezieht und fesselt. Svenja Müller untersuchte die mediale Verarbeitung von Kriminalfällen am Beispiel einer Serie von Banküberfällen in Stuttgart, bei denen der Täter stets maskiert war, meist mit Affenmaske. Von den Medien wurde er zum „Räuber mit der Affenmaske“ oder zum „King-Kong-Gangster“ gemacht. Als Tatverdächtiger wurde ein Bad Cannstatter festgenommen und verurteilt. Die Justiz baute dabei auf Indizien auf, Zufällen und Vergleichen zwischen Fotos von den Tatorten und dem Verdächtigen. An seiner Schuld hatte die berichtende Presse zum Zeitpunkt des Prozesses keine Zweifel. Als der Verurteilte schon viele Jahre hinter Gittern saß, ergab sich die Möglichkeit eines neuen Gutachtens. Doch Zweifel an dem Gutachter, die auch in der Presse veröffentlicht wurden, verzögerten die Rehabilitierung des angeblichen Gangsters noch für viele Monate. Erst zwölf Jahre nach seiner Verurteilung gelang es, den Fall des „Räubers mit der Affenmaske“ noch mal aufzurollen. Dabei waren auch wieder Journalisten im Spiel. Der ursprünglich Verdächtige kam daraufhin frei, der wahre Täter ist noch nicht gestellt.

Autorin Müller führte viele Gespräche mit den beteiligten Journalisten, um zu erfahren, wie über juristische Diskussionen im Journalismus berichtet wird. Weiter fasste sie sich mit der wissenschaftlichen Seite medialer Darstellungen und schließlich mit der Geschichte selbst. In der Statistik kommen Banküberfälle nur als kleines Delikt vor, in der Öffentlichkeit werden sie dagegen breit diskutiert, da sie die Geldphantasien der Leser wecken und das besonders dann, wenn die Täter Fälschungsmasken tragen.

Rainer Nübel, der die Arbeiten begleitete und als Herausgeber fungiert, ergänzte mit Bezug zum NSU-Prozess. „Journalisten müssen sich schnell festlegen“. So



passiere es nach seinen Erfahrungen zu häufig, dass diese sich durch Behörden instrumentalisiert lassen.

In den Bereich des Investigativjournalismus tauchte Juliane Kessler ein und war selbst überrascht, wie schnell sie an brisante Informationen gelangte. Konkret ging es bei ihren Recherchen um Geldwäsche. Kessler lernte durch Vermittlung eine Whistleblowerin kennen, die zuvor in einer Bank zusammen mit einer Kollegin als Compliance-Mitarbeiterin tätig war. In dem Unternehmen waren beide dafür zuständig, Gesetze und Regelungen einzuhalten und Auffälligkeiten zu melden. Als beide Kolleginnen auf eine merkwürdige Transaktion stießen, die ungewöhnlich war und in mehrere Länder führte, informierten sie die Bank und stellten Strafanzeige beim zuständigen LKA. Ihre Arbeit an dem Bericht bezeichnete Kessler als Tauziehen, was soll man machen und was nicht. Der Journalist könne nicht alles darstellen, was man an Material gesammelt hat. Stets habe man auch an den Informantenschutz zu denken. Die Schwierigkeit der Journalistenarbeit sah Wolfgang Messner als Dreifachrolle: Der Journalist hat kritisch zu sein, muss gut recherchieren und seine Ergebnisse der Öffentlichkeit darstellen. Das Institut für Medienwissenschaft sieht das Buch mit den 13 Reportagen als Forschungsprojekt an. Es ermöglichte den Studentinnen nach Professor Nübel, in die Rolle hinein zu kommen, die Metaebene durchzuführen und so zu schreiben, dass der Bericht verstanden wird.

Nübel bemängelte, dass die Medien kein Interesse an dem Buch hätten. Er wäre froh, wenn sich Sponsoren finden würden, damit es in Schulen gelangt und dort eingesetzt werden könnte. Wichtig sei das, weil das Vertrauen in die Medien schwindet. Wenn die Leser-Blatt-Bindung abnimmt, entstände für die Gesellschaft ein großes Problem.

► Dieter E. Gellermann/Anne Leipold

## Von Goethe bis Google

Albrecht Götz von Olenhusen feierte seinen 80. Geburtstag

DJV-Mitglied Prof. Dr. Albrecht Götz von Olenhusen feierte am 08.11.2015 seinen 80. Geburtstag. Bekannt ist er uns als Spezialist für Urheber-, Medien- und Arbeitsrecht, aber auch als Literat, und Politiker. „Mit allen Wassern seiner Kunst gewaschen“ beschreibt ihn Peter Haag, Verleger, langjähriger Freund und Klient von Olenhusen in seiner öffentlichen Gratulation.

In seiner Geburtsstadt Göttingen, in Freiburg im Breisgau und später in Zürich studierte Götz von Olenhusen (so lautet sein vollständiger Nachname) Rechtswissenschaften und Volkswirtschaft, um anschließend als wissenschaftlicher Assistent zu arbeiten.

Nach verschiedenen Auslandsaufenthalten begann er in Freiburg als Rechtsanwalt zu praktizieren und wurde 1972 beim OLG Karlsruhe zugelassen. 1979 begann Olenhusens politische Laufbahn zunächst als Stadtrat im Freiburger Gemeinderat (SPD), dann auch in verschiedenen städtischen Aufsichtsräten und Ausschüssen, wie z.B. dem Verwaltungs- und Finanzausschuss und dem Ausländerbeirat. Seine Verdienste in den 1980er- und 90er Jahren würdigte der Freiburger Oberbürgermeister in einem persönlichen Brief. Er habe „viele im kulturellen Leben und in der Verständigung mit sozialen Bewegungen angestoßen und durchgesetzt, das heute zu den Selbstverständlichkeiten der Stadtpolitik gehört.“

Ab 1991 unterrichtete Olenhusen an der Stuttgarter Journalistenakademie, ein Jahr später bekam er einen Lehrauftrag an der Hochschule für Film und Fernsehen in Potsdam-Babelsberg. In dieser Zeit veröffentlichte er zahlreiche Werke zum Medien- und Rundfunkrecht, zum Arbeitsrecht für Journalisten. 1992 wurde er Mitglied im Vorstand des LFK, zunächst als Stellvertreter, ab 1998 auf Vorschlag der SPD vom Landtag gewähltes vollwertiges Mitglied. Anlässlich seines Ausscheidens aus dieser Position im Jahre 2011 würdigte der damalige baden-württembergische Minister im Staatsministerium Helmut Rau Olenhusens Arbeit als Einsatz für die „medienrechtlich[e] und medienpolitisch[e] [...] Optimierung des privaten Rundfunks, der nicht kommerziellen Radios und für Lern- und Ausbildungseinrichtungen“, sowie der „Fortentwicklung des Medienstandorts Baden-Württemberg, auch als Aus- und Fortbildungsstätte“. Für den DJV hält Olenhusen Seminare und Vorträge über medienrechtliche Themen, um vor allem jungen Journalisten Einblick in die oft undurchsichtige Rechtssituation in Print- und Onlinemedien zu gewähren. Wer mal gelauscht hat, erkennt an den lebhaften Reaktionen und am Gelächter, dass Olenhusen das vermeintlich trockene Thema durchaus praxisnah und lebendig zu vermitteln weiß. Das Buch „Von Goethe bis Google – Geistiges Eigentum in drei Jahrhunderten“, das zusammen mit seiner Frau Irmitraud Götz von



Albrecht Götz von Olenhusen

Foto: BP

Olenhusen entstand, steht sinnbildlich für von Olenhusens breites Spektrum, das in über 500 Veröffentlichungen rechtliche Themen behandelt. Für die Karl-May-Gesellschaft verfasste Götz von Olenhusen Beiträge sowohl zu juristischen Aspekten, als auch zu literarischen, geschichtlichen und philosophischen Fragen rund um den Autor. Er gilt als absoluter Kenner der Materie und verfasste zum 160. Geburtstag des Winnetou-Erfinders das Werk „Karl May und Freiburg“ zur Lebensgeschichte des Verlegers Friedrich Ernst Fehsenfeld und dessen Beziehung zu May.

Der DJV gratuliert Prof. Dr. Albrecht Götz von Olenhusen zu seinem 80. Geburtstag herzlich und bedankt sich für seine herausragende Arbeit als Medienjurist und die stets erhellenden JA-Seminare für Journalisten in der Aus- und Fortbildung.

► red.



Wenn man einen Finanzpartner hat, der die Region und ihre Menschen kennt. Sprechen Sie mit uns.

sparkasse-karlsruhe-ettlingen.de

Sparkasse Karlsruhe Ettlingen

# SWR: Akzeptanz durch Relevanz

Programmschwerpunkte 2016 mit Spielfilmen, vielen Dokumentationen und Comedy-Events – Sparzwänge bleiben



„Investigativ, relevant, menschlich“, so stellte der SWR seine Programmschwerpunkte für dieses Jahr vor. Auf dem Bild Andreas Müller, Peter Boudgoust, Moderatorin Anja Görzel-Bub und Gerold Hug. Auf der Leinwand Florian Hager. Foto: obs/SWR/Alexander Kluge

Das Programmjahr des Südwestrundfunks (SWR) prägen Spielfilme wie „Die Täter“ über die NSU-Morde, ein „Tatort“-Special mit Heike Makatsch, investigative Dokumentationen und Sondersendungen zu „50 Jahre Report Mainz“. Beim Jahrespressesgespräch Ende Februar stellten SWR Intendant Peter Boudgoust, Landessenderdirektorin Baden-Württemberg Stefanie Schneider, Fernsehleiter Christoph Hauser und Hörfunkdirektor Gerold Hug Highlights und Neuerungen vor.

Insgesamt stünde der SWR im Fernsehen wie im Hörfunkbereich gut da. Die Ästhetik der Bildsprache sei moderner geworden, stellte Boudgoust fest. „Akzeptanz durch Relevanz“ mit Informationen und Fakten zum Nachprüfen nannte er als wichtige Aufgabe, auch angesichts der „Lügenpresse“-Vorwürfe. Stark sei der SWR bei Dokumentarfilmen für die ARD.

Ende April blickt das investigative und mehrfach ausgezeichnete Politikmagazin „Report Mainz“ auf 50 Jahre zurück, dazu gibt es Jubiläumssendungen im Ersten und im SWR-Fernsehen und auch ein neues Design. Moderator Fritz Frey nannte als herausragende Recherchen der jüngeren Vergangenheit die Geschichte über Gustl Mollath oder zum Sturmgewehr S36. Sowohl Stefanie Schneider wie Fritz Frey glauben an eine Renaissance der Recherche. Allerdings werde die Vermittlung von gesellschaftspolitischen Themen

durch Social Media schwieriger. Laut Schneider ist es „eine Zukunftsaufgabe dafür zu sorgen, dass Themen nicht in einem Kanal versickern, sondern über alle Kanäle ausgespielt werden“.

Allerdings werden die finanziellen Spielräume nicht größer, daher müssen Themenschwerpunkte gesetzt werden. Laut Boudgoust hat der SWR nur noch 88% der Kaufkraft von 2006, der „starke Sparzwang“ bleibe.

## Regional und witzig

Mit „Ab durch die Heimat – 4 Comedians unterwegs im Südwesten“ geht der Sender neue Wege beim Blick in die Heimat. Überhaupt bleibt Comedy mit Hintersinn im SWR-Fernsehen und –Hörfunk wichtig. SWR3-Comedychef Andreas Müller wies auf das erste SWR3 Comedy Festival vom 21. bis 23. April in Bad Dürkheim hin. Darüber hinaus will der SWR auch dieses Jahr wieder mit verschiedenen Veranstaltungen vor Ort präsent sein.

## Junge Zuschauer angeln

Per Skype zur Pressekonferenz zugeschaltet erläuterte Florian Hager, Gründungsführer des zukünftigen Jugendangebots von ARD und ZDF, das Konzept, mit dem das Öffentlich-Rechtliche Neuland betritt. Das Programm soll nicht als herkömmlicher, linearer Fernsehkanal,

sondern ausschließlich über Online-Plattformen angeboten werden. Ziel sei es, eine digitale Marke aufzubauen, die Inhalte werden zusammen mit der Zielgruppe (14- bis 29-Jährige) entwickelt. „Wir produzieren Inhalte, die da funktionieren, wo die Nutzer sind“, betont Hager. Die Vision: Die über die bekannten Plattformen abgeholten Nutzer sollen schließlich auf eine eigene Plattform im Netz gelenkt werden. Alle ARD-Anstalten und das ZDF liefern zu, der SWR belegt die Felder Wissen, Comedy und Musik.

Mit Beginn der Konzertsaison ab diesem September und zum Start des SWR Sinfonieorchesters, präsentiert der SWR seine Klangkörper und Festivals unter der Marke „SWR Classic“. Laut Gerold Hug geht es auch hierbei um „eine bessere Wahrnehmung durch Markenbildung“. Der SWR sei bei Klassik die führende ARD-Anstalt. Ebenfalls im Herbst startet das neue Streaming-Portal SWR Web Concerts für klassische Musik. 30 Streams von Konzerten sind geplant, um „klassische Musik wieder unter die Leute zu bringen“. Zur Zielgruppe gehören daher vor allem Menschen, die sich kein Ticket leisten können. Dass die beiden SWR-Orchester trotz vieler Proteste fusionieren mussten, ist kein Thema mehr. Es muss gespart werden, das trifft auch die bisher gleichgroßen Spitzenorchester aus Freiburg/Baden-Baden und Stuttgart.

► **Dagmar Lange**

# Last-Minute-Lösung für RTL-Fensterprogramm

Die Medienwächter einigen sich nicht, den konkurrierenden Bewerbern bleibt der Kompromiss



Foto: Screenshot

Ein Schauspiel der besonderen Art stellt die Lizenzvergabe für das RTL-Regionalfenster Rhein-Neckar dar. Weil sich die beiden zuständigen Landesmedienanstalten von Baden-Württemberg (LFK) und Rheinland-Pfalz (LMK) nicht auf eine gemeinsame Neuvergabe zugunsten eines der beiden Antragsteller einigen konnten, drohte zum 1. April das Ende des Regionalfensters. Eine Lösung mussten die beiden konkurrierenden Bewerber, Rhein-Neckar-Fernsehen (RNF) und Zone 7 GmbH, unter Zeitdruck selbst finden.

Wie kam es zu diesem Lizenz-Poker? Seit 1986 veranstaltet die RNF GmbH, deren Geschäftsführer und Programmdirektor Bert Siegelmann ist, für Teile von Baden-Württemberg (Stadt- und Landkreise Mannheim, Heidelberg, Rhein-Neckar-Kreis und Neckar-Odenwald-Kreis) und Rheinland-Pfalz (Vorder- und Südpfalz) das Regionalfensterprogramm „RNF Life“ im Rahmen des Hauptprogramms von RTL. Medienrechtlich ist RTL verpflichtet, von 18.00 bis 18.30 Uhr im Kabelnetz dieses Fensterprogramm auszustrahlen und zu finanzieren. Die seit 2006 gültige Sendelizenz dafür lief am 31. März aus, auf die Neuausschreibung gab zwei Bewerbungen: Von RNF und der Produktionsfirma Zone 7 mit einem Format namens „drei TV“. Thomas Präkelt ist Geschäftsführer und 75%-Gesellschafter von Zone 7 und produziert hauptsächlich für die Mediengruppe RTL Deutschland Magazine- und News-Formate. Kein Wunder also, dass sich RTL offen für Präkelt aussprach. Doch entscheiden müssen die beiden zuständigen Landesmedienanstalten. In der LMK fiel das Votum zugunsten von

Zone 7. Das baden-württembergische Mediengesetz sieht vor, dass LFK-Vorstand und -Medienrat ein einheitliches Votum fällen müssen. Dies war aber nicht der Fall – der Medienrat stimmte mehrheitlich für RNF, der Vorstand für Zone 7.

Außerdem müssen sich die LFK und die LMK ebenfalls auf einen Bewerber einigen, weil das Sendegebiet, die Metropolregion Rhein-Neckar, über die Landesgrenzen hinaus geht.

So war ein Präzedenzfall entstanden, für den das Gesetz keine Antwort bietet. Um die Hängepartie zu beenden, wurden die Konkurrenten zu Einigungsgesprächen aufgefordert, die vom Vorstand der LFK und dem Medienratsvorsitzenden Wolfgang Epp moderiert wurden. Letzterem gelang der Durchbruch zur Einigung.

## RNF zieht den Kürzeren

Der Kompromiss sieht ein zeitliches Übergangsszenario für die Produktion des Regionalfensters vor. Bert Siegelmann zog seine Bewerbung für das Fensterprogramm zurück, so bleibt als Lizenzinhaber alleine Zone 7. RNF darf bis zum 31. Juli 2017 das Regionalfenster „RNF Life“ weiter produzieren, danach wird das Programm von „drei.TV“ auf Sendung gehen. Mit der Einigung konnte eine langwierige

juristische Auseinandersetzung vermieden werden. Siegelmann spricht allerdings von einer „Erpressungssituation“. „Wir sind beide Opfer eines Verfahrens, das nicht vernünftig abgestimmt war“, sagt er. Und wundert sich über den Gesinnungswandel bei LMK und LFK-Vorstand zugunsten von Zone 7. Schließlich hätte er mehrere Preise für sein Programm erhalten. Und eine von der LMK in Auftrag gegebene Studie vom Juni 2015 bestätigte RNF „einen sehr hohen Anteil an fernsehpublizistischen Sendungen und Beiträgen“, RNF leiste „insgesamt einen originären Beitrag zur Meinungsvielfalt in der Metropolregion Rhein-Neckar“. Dies sahen fraktionsübergreifend auch Abgeordnete des baden-württembergischen Landtags, des Bundestages und des Europa-Parlaments so, ebenso wie Kulturschaffende vor Ort.

Siegelmann will sich nun ganz auf seinen 24-stündigen Ballungsraumsender „RNF plus“ konzentrieren, der über Kabel, Satellit und IPTV und zum Jahreswechsel auch in HD verbreitet wird. Im Dezember hatte er als einziger Bewerber die Zulassung für weitere zehn Jahre von den beiden Medienanstalten erhalten. Allerdings müsse er sein Finanzkonzept umstellen. Nicht alle der 50 Festangestellten und 30 Freien könne er halten, „am Schluss werden es zehn Leute weniger im Programm-bereich sein“. Die lange Unsicherheit hat auch Präkelt zu schaffen gemacht, denn auf Verdacht konnte er weder Personal einstellen noch Sendetechnik anschaffen.

► **Dagmar Lange**

## Realistischer Blick in die Medien-Zukunft

### Medienhäuser ohne Digitalstrategie laut einer KPMG-Studie

Viele neue Gesichter waren im Stuttgarter Hospitalhof beim Informationsabend unter dem Titel „Fit für das digitale Zeitalter?“ zu sehen, zu dem der Kreisverband Stuttgart eingeladen hatte. An diesem Abend ging es um die Technologiekompetenz der Medienhäuser und die Auswirkungen auf den Journalismus.

„Ist es ein Fluch oder ein Privileg, als eine der ersten Branchen von der Digitalisierung erwischt zu werden?“, lautete gleich zu Beginn die rhetorische Frage von Referent Markus Kreher, Leiter Media der KPMG. Die Beratungsfirma hat in Zusammenarbeit mit der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU) eine viel beachtete Studie zur digitalen Transformation vorgelegt. Seit der Dotcom-Blase würden die Medienhäuser zu den Branchen gehören, die als eine der ersten von der Digitalisierung erwischt wurden. Schnell spürbar wurde dies durch sinkende Umsätze mit Anzeigen. Kreher untermauerte mit Zahlen, dass die Grenzen zwischen Medien und Technologie verschwimmen, aber immer noch 90% der deutschen Medienunternehmen keine übergreifende Technologiestrategie hätten, weil sie beim Aufbau digitaler Ge-



Markus Kreher. Foto: Privat

schäftsfelder zögerlich agierten. Die Digitalisierung greife das tradierte Geschäftsmodell an, doch die Entwicklung könne nicht umgekehrt werden.

Mit einer neuen Technologieausrichtung bei Produktion und Redaktion wollten Medienunternehmen das geänderte Kundenverhalten abdecken, doch sie schwankten zwischen der Steigerung der Effizienz und der Steigerung der Kundenbeziehungen. Bei den Suchmaschinen würden Verlage fast komplett am Tropf von Google hängen. Auch die Relevanz bei Anzeigen hätten sie verloren. Einer „Kannibalisierung durch Digitalisierung“ beispielsweise

bei den Anzeigen seien die Verlage bisher gleichgültig gegenüber gestanden. Generell fehle es an einer Road-Map für Ziele und Schwerpunkte, aber auch am Personal, um den technologischen Wandel umzusetzen. Vorherrschend sei die Angst, „wieder einen Trend wie Google, Netflix oder Facebook zu verschlafen“. Für Journalisten sind die Veränderungen schon real spürbar, auch die Automatisierung des Journalismus ist keine Utopie mehr, wie schon von Computern generierte Sportberichte zeigen.

Der realistische Blick auf die Medienbranche war für die Teilnehmer an diesem Abend teils schmerzhaft. Kreher musste sich vielen kritischen Fragen zu den sozial- und gesellschaftspolitischen Folgen von Content ohne Kontext stellen, wenn es den Verlagen nicht gelingt, diesen Mehrwert den Kunden klarzumachen, was auch Kreher als großes Manko sieht. Doch er war nur der Überbringer der schlechten Nachrichten.

Die Studie mit Fallbeispielen aus Zeitungen und Rundfunk finden Sie unter [www.kpmg.de/technologiekompetenz](http://www.kpmg.de/technologiekompetenz)

► **Dagmar Lange**



Wolfgang Heinzel. Foto: privat

dung zurückzukehren. Zur Begründung heißt es: „Tarifflucht passt nicht zu einer wirtschaftsethisch verantwortungsvollen Unternehmensführung. Sie geht an die Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft.“

## Tarifflichtende Betriebe benennen

### Kreisverband Oberschwaben

Das allgemein zurückgehende ehrenamtliche Vereinsengagement hat sich jetzt auch bei der Mitgliederversammlung des DJV-Kreisverbands Oberschwaben in Ravensburg gezeigt. Dennoch war es wieder möglich, einen kompletten Kreisvorstand zu wählen. Der alte und neue Vorsitzende heißt Wolfgang Heinzel. Zum ersten stellvertretenden Kreisvorsitzenden wurde der feste Freie Fernsehmann Bernhard Hentschel vom SWR Friedrichshafen bestimmt, zweiter Stellvertreter wurde der freie Printjournalist Gerhard Reischmann

aus Bad Wurzach, Schriftführer der freie PR-Journalist Ingo Rietsch aus Grünkraut, alle einstimmig.

Neben der Wahl von Gewerkschaftsdelegierten und Fachausschusskandidaten beschloss die Versammlung zudem einen Antrag für den Landesgewerkschaftstag in Karlsruhe, der die Zeitungsverlage, die sich nicht an die Tarifverträge halten, inklusive der OT-Mitglieder im Verlegerverband, erneut öffentlich benennt und dazu aufruft, zur uneingeschränkten Tarifbin-

„Tarifflichtende Betriebe müssen benannt werden“, wurde Antragsinitiator Reischmann deutlich.

DJV-Landesvorsitzende Dagmar Lange hatte zuvor von schwierigen Verhandlungen zur Honorarstruktur für Freie beim SWR berichtet. Als positive Nachrichten meldete die Landesvorsitzende unter anderem das Redaktionsstatut und den Tarifabschluss beim SWR vom vergangenen September mit 2 Prozent Gehaltssteigerung. Lange informierte über die laufenden bundesweiten Tarifverhandlungen für Tageszeitungen, bei denen der DJV unter anderem eine Gehaltssteigerung von 4,5 Prozent verlange, die Verleger bis dato aber nur minimale Gehaltszugeständnisse machten und weitere Verschlechterungen

bei der Berufsjahresstaffel forderten. Dies werde der DJV nicht hinnehmen, aber hier seien dicke Bretter zu bohren, erwartet Lange. In Zusammenhang mit der Redaktionsfusion im Stuttgarter Pressehaus erläuterte sie, dass laut jüngster Satzungsänderung jetzt auch verlagsausgegliederte Redaktionsgesellschaften Mitglied im Verband Südwestdeutscher Zeitungsverleger sein könnten: „Das hat bundesweite Pilotfunktion, und damit sind auch die Kolleginnen und Kollegen von STZ und STN wieder im Tarif!“

Der im Amt bestätigte DJV-Kreisvorsitzende Heinzel erwartet als weiteres Diskussionsthema das Selbstverständnis von Journalisten angesichts einer sich rasant wandelnden Medienlandschaft und be-

grüßte, dass Ziffer 12.1 des Pressekodex vom Presserat unverändert beibehalten wird: „Würde das grundlose Nennen der Ethnie von Straftätern zugelassen, würden Vorurteile befördert und das gesellschaftliche Zusammenleben unterschiedlicher Gruppen erschwert.“ Die sogenannten sozialen Medien spielten hier eine teils unguete Rolle. „Wir müssen diskutieren, wie ethische Grundlagen und freie Meinungsäußerung im Netz sich stärker verknüpfen lassen“, so Heinzel. Kollege Rietsch ergänzte, dass im Internet auch die laut Pressekodex gebotene Trennung von Werbung und Redaktion immer mehr aufweiche: „Da muss es mehr Kontrolle geben“, forderte er. Bei Landesvorsitzender Lange stieß er damit auf offene Ohren.

► **Wolfgang Heinzel**

## Keine Austritte im vergangenen Jahr

### Kreisverband Neckar-Odenwald

Selbstständig bleiben oder fusionieren? Diese Frage wurde in der Mitgliederversammlung des DJV-Kreisverbandes Neckar-Odenwald diskutiert; mit dem Ergebnis, dass der Kreisverband vorerst eigenständig bleibt. Darüber hinaus wurde in der Versammlung die 35-jährige Gewerkschaftsarbeit von Dieter Schwab gewürdigt. Kreisvorsitzender Martin Bernhard berichtete zunächst über die Arbeit in den vergangenen einundzwanzig Jahren. Besondere Erwähnung fand dabei die Veranstaltung „Journalisten kochen für Politiker“ im Herbst 2014 in Zusammenarbeit mit der AOK Neckar-Odenwald. „Eine gelungene Aktion“, so das Resümee Bernhards. Darüber hinaus nahmen Vertreter des Kreisverbandes an Veranstaltungen des Landes- und Bundesverbandes teil.

Im weiteren Verlauf der Versammlung beschäftigten sich die Journalisten mit der Frage, ob die Verbandsarbeit besser funktionieren würde, wenn man größere Einheiten bildet. Schließlich ist der Kreisverband Neckar-Odenwald, wie Landesvorsitzende Dagmar Lange anmerkte, „derjenige mit den wenigsten Mitgliedern,

nämlich 22, und der einzige Kreisverband im Land, aus dem im letzten Jahr niemand ausgetreten ist.“ Aber „zwei Blinde ergeben noch keinen Sehenden“, warnte Dagmar Lange und bedauerte die immer mehr um sich greifende Mentalität: „Ich komme, wenn ich was brauche, ansonsten lasst mich in Ruhe.“ „Wenn wir die Kreisverbände zusammenlegen, haben wir eine kleinere Basis“, machte die Landesvorsitzende deutlich. Auch die Kontrolle und Meinungsvielfalt wären dann nicht mehr so breit gelagert.

„Die gleichen Probleme werden nur potenziert“, sprach sich auch der langjährige Kreis- und Bezirksvorsitzende Dieter Schwab eher gegen einen Zusammenschluss aus. Weitere Diskussionsthemen waren die Gewinnung neuer Mitglieder und Überlegungen zu künftigen Veranstaltungen mit einem gewissen „Nutzwert“ (Praxisworkshops) unter dem Aspekt, den Kreisverband attraktiver zu machen. Bei den Neuwahlen wurde Martin Bernhard einstimmig als Kreisvorsitzender wiedergewählt. Stellvertreterin ist Sabine Braun, Schriftführerin Ingrid Eirich-Schaab.

„Ein verdientes DJV-Mitglied wird uns zum 31. März nach über 35-jähriger Gewerkschaftsarbeit aus beruflichen Gründen verlassen“, bedauerte Martin Bernhard: FN-Chefredakteur Dieter Schwab. Ab 1980 war Schwab Mitglied des Südwestdeutschen Journalisten-Verbandes. Seit 1986 gehört er dem damals neu gegründeten DJV-Landesverband Baden-Württemberg an. Ab 1986 brachte er sich als Gründungsmitglied und Gründungsvorsitzender des DJV-Kreisverbandes Neckar-Odenwald mit engagierter Gewerkschaftsarbeit ein. 1988 wurde Dieter Schwab zum Bezirksvorsitzenden Nordbaden gewählt. Diese Funktion behielt er bei, bis die Bezirksverbände als Organisationsebenen abgeschafft wurden. Darüber hinaus gehörte er verschiedenen Fachausschüssen des Landesverbandes (zum Beispiel für Tageszeitungen und neue Medien) an.

„Es war immer schön, mit ihm zu diskutieren“, blickte Dagmar Lange zurück. Sie würdigte Schwabs Verdienste, der noch immer im Herzen dem DJV verbunden sei.

► **Ingrid Eirich-Schaab**

## Klöppel folgt auf Berger

Kreisverband Heilbronn

Zur neuen Heilbronner DJV-Kreisvorsitzenden wurde die bisherige Stellvertreterin Milva-Katharina Klöppel gewählt. Die 38-Jährige ist Redakteurin bei der Heilbronner Stimme. An ihrer Seite stehen ab sofort Daniel Stahl und Heiko Fritze.

Berufliche Gründe ziehen den bisherigen Vorsitzenden, Jan Berger, ebenfalls Redakteur der Heilbronner Stimme aus der Region weg. Gehen, wenn es am schönsten ist, scherzte Berger, der mit seinem Weg-



zug auch aus dem Landesvorstand ausscheidet. Auf der Kreisversammlung berichtete außerdem die Landesvorsitzende Dagmar Lange über aktuelle Medienthemen aus Bund und Land.

► red.

Die neue Heilbronner Kreisvorsitzende Milva-Katharina Klöppel.  
Foto: Blickboutique

## Kreisversammlung vor kleiner Kulisse

Kreisverband Hochrhein

Hochrhein. Der DJV-Kreisverband Hochrhein hat kürzlich in Lörrach getagt. Geraldine Friedrich wurde im Amt bestätigt und führt für weitere zwei Jahre den Kreisverband.

Die Kreisversammlung fand leider vor kleiner Kulisse statt. Im Jahresbericht der wiedergewählten Vorsitzenden Friedrich wurde deutlich, dass neben der Gewerkschaftsarbeit auch Etliches für die Mitglieder geboten wurde. So gab es neben einer sehr gut besuchten Veranstaltung in der Fondation Beyeler im schweizerischen Riehen einen Besuch in den Rheinsalinen in Rheinfelden sowie eine spannende Führung im Vitra Design-Museum.

Diskutiert wurden in der Sitzung diverse Gewerkschaftsthemen. Beklagt wurde generell, dass das Interesse der Mitglieder an Veranstaltungen des Kreisverbandes doch sehr zurückhaltend sei.

Die anwesenden Mitglieder begrüßten es, dass es unter der Verhandlungsführung von Karl Geibel wieder gelungen ist, mit dem Verlagshaus Jaumann in Lörrach einen Haustarifvertrag auszuhandeln, der für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in allen Abteilungen des Verlags eine gewisse Sicherheit bietet.



Der wiedergewählte Vorstand des DJV-Kreisverbandes Hochrhein (v.l.): Manfred Herbertz (stellvertretender Vorsitzender), Geraldine Friedrich (Vorsitzende), die Beisitzer Robert Bergmann und Matthias Zeller. Foto: Peter Meister

Mit Sorgen blicken die DJV-Mitglieder in die Schweiz, wo derzeit über eine Ausschaffungsinitiative diskutiert wird, die durchaus auch für Journalisten zu einem Problem werden könnte.

Für das kommende Jahr sind auch wieder einige Veranstaltungen angedacht. So wird im April ein Besuch im Lörracher Stadtarchiv stattfinden. Das Motto der Veranstaltung: „Wozu braucht es Stadtarchive? Und wie können Journalisten im Zeitalter von Google von diesen profitieren“. Im

Sommer findet eine Exkursion in ein Waldgebiet bei Lörrach statt mit Blick auf die NS-Zeit.

Die anstehenden Wahlen wurden von Peter Meister als Wahlleiter souverän durchgeführt. Gewählt wurden: Zur Vorsitzenden Geraldine Friedrich, Stellvertreter ist Manfred Herbertz, zu Beisitzern bestimmt wurden Matthias Zeller, und Robert Bergmann.

► Manfred Herbertz

## Vielfältige Pläne für die Zukunft

Kreisverband Karlsruhe

Am 3. März wählte die Hauptversammlung einen neuen Vorstand. Zum neuen Kreisvorsitzenden wurde der BNN-Redakteur Theo Westermann gewählt, der bis 2010 Kreisvorsitzender war. Er tritt die Nachfolge von Klaus Buhlmann an, der im Dezember von seinem Amt zurückgetreten war. Neu im Kreisvorstand ist auch Sönke Boldt als stellvertretender Kreisvorsitzender, er ist ebenfalls BNN-Redakteur. Als Erste Stellvertreterin wiedergewählt wurde die freie Journalistin Jutta Wellenreuther. Neu im Vorstand als Schriftführer ist der Fotograf Stefan Bau. Westermann dankte Buhlmann für seine geleistete Arbeit und kündigte verstärkte Aktivitäten an, um auch junge Mitglieder für eine Mitarbeit im DJV Karlsruhe zu gewinnen.

Weiterhin ist der DJV stark in den Karlsruher Medienhäusern vertreten, teilweise mit Betriebsratsmandaten. Auch die Veranstaltungsreihe soll wiederbelebt werden, dabei auch die in früheren Jahren so erfolgreiche Zusammenarbeit mit dem Karlsruher Presseclub, der ebenfalls zur Zeit seine Aktivitäten neu sortiert. Gedacht wird an eine Veranstaltung mit dem neuen Generalbundesanwalt Frank, vor Jahren hatte der damalige Generalbundesanwalt Harald Range einen interessanten Auftritt vor dem DJV Karlsruhe. Eine Führung durch die Karlsruher Tunnelbaustelle steht ebenfalls auf dem Programm.

Aus den Reihen der Mitglieder kam die Information, dass am Bundesgerichtshof

zur Zeit Fälle verhandelt werden, die die Interessen freier Fotografen stark betreffen, der Kreisverband wird ein Auge darauf haben. Nominiert wurden auch Mitglieder für die diversen Landesfachausschüsse und Delegierte für den bevorstehenden Gewerkschaftstag in Karlsruhe.

Für die Kreisversammlung hatte man einen etwas anderen Rahmen ausgewählt: Sie fand statt im ZKM, das eigens Räumlichkeiten für den DJV bereitgestellt hatte. Vor der Hauptversammlung bekamen die Mitglieder noch eine Führung durch das international renommierte ZKM und durch die dort zurzeit laufende „Globale“.

► Theo Westermann

## Früherer Kreisvorsitzender zurückgekehrt

Kreisverband Offenburg/Ortenau

Offenburg. Reinhard Reck ist neuer Vorsitzender des Kreisverband Offenburg/Ortenau des Deutschen Journalistenverbandes (DJV). Er wurde in der Mitgliederversammlung am Mittwoch, 24. Februar 2016 einstimmig gewählt.

Reinhard Reck hatte dieses Amt vor dem Jahr 2009 schon einmal für einige Jahre inne. Die weiteren Mitglieder des vierköpfigen Vorstandes wurden in ihren bisherigen Ämtern einstimmig bestätigt. Frank Leonhardt übernimmt wieder das Amt des ersten stellvertretenden Vorsitzenden, Silke Keil wurde zur zweiten stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Ulrich Spitzmüller bleibt weiterhin Schriftführer.

Die Wahl, die nach dem Ausschluss des bisherigen Kreisvorsitzenden Taras Maygutiaik aus dem DJV erforderlich geworden war, leitete die DJV-Landesvorsitzende Dagmar Lange.



Der neue DJV-Kreisvorstand (von links) Silke Keil, Ulrich Spitzmüller, Frank Leonhardt, Reinhard Reck mit der DJV-Landesvorsitzenden Dagmar Lange. Foto: DJV Offenburg/Ortenau

Im Offenburger Kreisverband des Deutschen Journalistenverbandes sind derzeit 119 Journalisten und Fotografen aus Presse, Rundfunk, Pressestellen und ähn-

lichen Medienberufen aus der Ortenau organisiert.

► Ulrich Spitzmüller

## Erprobtes Team im Kreisvorstand

Kreisverband Ludwigsburg

Das bisherige Team wird auch in den kommenden zwei Jahren dem Kreisverband Ludwigsburg vorstehen.

Bei der Jahresversammlung am 1. Februar wurde der freie Journalist Daniel Völpel als Kreisvorsitzender wiedergewählt. Sein Stellvertreter bleibt Bernhard Lepple, Politikredakteur bei der Ludwigsburger Kreiszeitung. Die bisherige Schriftführerin Verena Mayer, Redakteurin bei der Stuttgarter Zeitung, erklärte sich bereit, zusätzlich als zweite Stellvertreterin zu kandidieren, damit der Kreisvorstand formal wieder komplett ist. Alle drei wurden von den sechs anwesenden der 101 Mitglieder des Kreisverbandes bei jeweils eigener Enthaltung gewählt.



Der neue/alte Kreisvorstand des KV Ludwigsburg. Von links nach rechts: Bernhard Lepple (stellv. Kreisvorsitzender, Redakteur Ludwigsburger Kreiszeitung), Verena Mayer (Schriftführerin, Redakteurin Stuttgarter Zeitung), Daniel Völpel (Kreisvorsitzender, freier Journalist). Foto: Martin Tschepe

Der seit 2010 amtierende Völpel hatte zuvor eine durchwachsene Bilanz des Jahres 2015 gezogen: Die gemeinsam mit den Nachbar-Kreisverbänden Heilbronn und Rems-Murr veranstaltete Krimi-Weinprobe war zwar gut besucht, allerdings mit nur einem Teilnehmer aus Ludwigsburg – dem Kreisvorsitzenden. Auch die große eigene Veranstaltung mit dem damaligen Leiter der zentralen Stelle zur Verfolgung von NS-Verbrechen stieß letzten Endes auf geringes Interesse, obwohl der DJV dazu landesweit eingeladen hatte: Von rund 20 Angemeldeten kamen nur sechs.

Die Anwesenden, darunter zwei Rentner, zeigten sich enttäuscht darüber, dass die Bereitschaft, sich für den DJV und die gemeinsamen Belange der Journalisten zu engagieren, inzwischen so schwach ausge-

prägt ist. Zumal für den Einzelnen umso weniger ehrenamtliches Engagement nötig ist, je mehr sich die Arbeit auf viele Schultern verteilt. Da weitere Aktive jedoch nicht zu erwarten sind und auch andere Kreisverbände ähnliche Probleme plagten, beschlossen die Teilnehmer, beim Gewerkschaftstag in Karlsruhe zu beantragen, die derzeitige Struktur zu überdenken, um weniger Ämter besetzen zu müssen.

Wie schwierig diese Debatte ausfallen wird, machte Völpel deutlich: Die große Präsenz des DJV in der Fläche sei ohne

Kreisverbände und Fachausschüsse, die in allen Sparten präsent sind, nicht zu halten.

Wegen der geringen Teilnehmerzahl konnte der Kreisverband auch nur in geringem Umfang mögliche Kandidaten für die Mitarbeit in den Fachausschüssen benennen. Wer Interesse daran hat, an der fachlichen Arbeit des DJV mitzuwirken, kann sich jedoch noch mit dem Kreisvorsitzenden in Verbindung setzen, um nominiert zu werden: [post@daniel-voelpel.de](mailto:post@daniel-voelpel.de).

► Daniel Völpel

## Bewährten Veranstaltungsmix fortführen

Kreisverband Neckar-Alb

Ein spannender Blick junger Kolleginnen auf den Journalismus und dessen Fallstricke im Buch „Hinter den Zeilen“ füllten den Abend des ersten Treffens des DJV-Kreisverbandes Neckar-Alb 2016 in der Gaststätte „Loretto“ in Tübingen. Aber auch Neuwahlen standen auf dem Programm. Den Kreisvorsitz gab Christoph Holbein an die freie Journalistin Pia Grund-Ludwig ab. Er kandidierte wegen seiner Ämter auf Landes- und Bundesebene und als Betriebsrat nicht mehr für den Kreisvorsitz. Er bleibt aber als ihr Stellvertreter im Vorstand, ebenso arbeitet im Vorstand Gregor Landwehr weiterhin mit als dritter Kreisvorsitzender. „Ich freue mich darauf, in bewährter Besetzung des Vorstands vor Ort weiterzuarbeiten und werde mit der Mischung aus Weiterbildung, aktueller Medienpolitik und gemütlichen Treffs zum Kennenlernen weitermachen und dabei die Anregungen aus dem Kreisverband aufgreifen“, so Pia Grund-Ludwig.

Zuvor zog der amtierende Kreisvorsitzende Christoph Holbein Bilanz der letzten zwei Jahre mit einigen größeren und auch gut besuchten Veranstaltungen, wie



Christoph Holbein übergibt den Kreisvorsitz an Pia Grund-Ludwig. Foto: Dieter E. Gellermann

einer Podiumsdiskussion zum Demokratieverständnis für Journalisten heute, dem Besuch des SWR Tübingen und einem Workshop zum bimedialen Arbeiten. Aber auch zum Stammtisch trafen sich die Kolleginnen und Kollegen

Auch für das neue Jahr hat sich der Kreisverband wieder einiges vorgenommen. Der neue Kreisverband wird in Kürze zu

einer weiteren Kreisversammlung einladen, bei der Anträge diskutiert und eingebracht werden sollen, speziell einer zur Strukturreform des DJV Baden-Württemberg. „Ich halte es für wichtig, mehr Schlagkraft in der Medienpolitik zu entwickeln. Dazu müssen auch die Strukturen auf den Prüfstand, die viel Personal binden, aber weder nach außen noch nach innen wirken“, so Pia Grund-Ludwig weiter.

Die neue Kreisvorsitzende bereitet einen Vortragsabend zur Thematik „NSU-Prozess und die Medien“ zusammen mit einer Buchautorin vor. Außerdem werden weitere regelmäßige Stammtische angeregt. Angekündigt ist auch eine Veranstaltung mit dem ehemaligen Verantwortlichen zur Aufarbeitung von NS-Verbrechen in Baden-Württemberg sowie ein Workshop zur Weiterbildung.

Die Interessen der Mitglieder werden außerdem auf dem Gewerkschaftstag in Karlsruhe und in den Fachausschüssen des DJV vertreten.

► Dieter E. Gellermann



**Kommunikation ist keine Einbahnstraße!**

**Bitte teilen Sie der DJV-Geschäftsstelle Ihre E-Mail-Adresse mit! Eventuelle Anschriftenänderungen ebenfalls.**

**Per Fax: (0711) 222 49 54 - 44 oder per Mail: [info@djv-bw.de](mailto:info@djv-bw.de)**

**henkel druck.**

Farben.Pracht. Produkt.Vielfalt. Glanz.Leistungen.

Henkel ist Ihre Druckerei in Stuttgarts Norden. Mit innovativen Technologien rund um den Bogenoffset. Und persönlichem Service drumherum.

Henkel GmbH Druckerei  
Tel. 0711.9876700  
[www.henkeldruck.de](http://www.henkeldruck.de)

## Blicke von der anderen Seite

### Kreisverband Rems-Murr

In alter Besetzung arbeitet der Kreisverband Rems-Murr des DJV Baden-Württemberg in den nächsten zwei Jahren weiter. Bei der Mitgliederversammlung im Hotel Koch in Waiblingen wurden die Tageszeitungsredakteure Uwe Flegel (Vorsitzender), Martin Schmitzer und Martin Tschepe (stellvertretende Vorsitzende) sowie Steffen Grün (Schriftführer) in ihren Ämtern bestätigt. Zudem wurden Martin Schmitzer und Uwe Flegel als Delegierte für den Landesgewerkschaftstag am 10. und 11. Juni 2016 in Karlsruhe gewählt.

Bei der Mitgliederversammlung ging es aber nicht nur um die Wahlen. Die Ergebnisse des Bundesverbandstags kamen ebenso zur Sprache wie die Ereignisse und Entscheidungen im Stuttgarter Pressehaus, in dem die Redaktionen der Stuttgarter Zeitung und der Stuttgarter Nachrichten zusammengelegt worden sind. Eine Fusion, die sich auch auf den



Der alte und neue Rems-Murr-Vorstand (von links): Martin Tschepe (stellvertretender Vorsitzender), Uwe Flegel (Vorsitzender), Martin Schmitzer (stellvertretender Vorsitzender). Nicht auf dem Foto: Schriftführer Steffen Grün. Foto: Regina Munder

Rems-Murr-Kreis auswirkt, sind doch die dortigen Zeitungsverlage in Waiblingen und Backnang Partner der Stuttgarter Nachrichten. Außerdem sind mehrere Mitglieder im Kreisverband Rems-Murr bei den Stuttgarter Blättern beschäftigt.

Terminiert wurde bei der Versammlung bereits die erste Veranstaltung des Kreisverbands in diesem Jahr. Am Montag, 25. Juli, berichtet Martin Tschepe ab 20 Uhr in der Ludwigsburger Freibad-Gaststätte

über sein Neckarschwimmen vergangenes Jahr und eventuell bereits neue Ausdauer-Schwimm-Projekte. Zusammen mit einem Vereinskollegen schwamm der Redakteur der Stuttgarter Zeitung von Horb bis Mannheim. Auf den 300 Kilometern gab es zahlreiche Erlebnisse mit Anwohnern, Schleusenwärttern, Teilzeit-Mitschwimmern, einfach nur

Neugierigen und auch Kollegen von Zeitungen, Radio oder Fernsehen. Tschepe, der in einem Blog mit Fotos ständig übers Schwimmaenteuer berichtet hatte, erzählt dabei auch über seine Erfahrungen mit den Kollegen, die über ihn und seinen Partner berichteten. Der Blick eines Journalisten mal von der anderen Seite. Wie immer ist der Abend für Mitglieder der Kreisverbände Ludwigsburg und Heilbronn sowie weitere neugierige DJV-ler offen. **► Uwe Flegel**

## Neue Vorsitzende mit Blaulicht auf dem Schreibtisch

### Kreisverband Stuttgart

Am 7. März 2016 wählte der DJV Stuttgart Christine Bilger zu seiner neuen Vorsitzenden. Die Polizeireporterin bei der Stuttgarter Zeitung, in Insiderkreisen auch anerkennend als „die Frau mit dem Blaulicht auf dem Schreibtisch“ bezeichnet, engagiert sich seit längerer Zeit im Bereich Betriebsratsarbeit. Zum ersten Stellvertreter wurde Jürgen Barth gewählt. Er arbeitet in der Presseabteilung von Daimler und ist für Produktkommunikation LKW und Sonderfahrzeuge zuständig. Die freie Journalistin Monowara Begum Moni wurde erneut in den Vorstand gewählt. „Zur Schriftführerin wurde die Autorin Beate Kocher-Benzing gewählt, die zwar an diesem Abend nicht anwesend sein konnte, aber im Vorfeld ihre Kandidatur bestätigt hatte. Kocher-Benzing führt ein Pressebüro mit Schwerpunkt Kunst und Design. Neben den Vorstandswahlen fanden auch die Dele-



Der neue Stuttgarter Kreisvorstand. Von links nach rechts: Christine Bilger, Jürgen Barth und Monowara Begum Moni. Zur Schriftführerin wurde Beate Kocher-Benzing in Abwesenheit gewählt. Foto: Silke Schneider-Flaig

giertenwahlen zum Landesgewerkschaftstag und Nominierungen für Fachausschüsse und den Bundesverbandstag statt. Unter den anwesenden Mitgliedern waren auch die Landesvorsitzende Dagmar Lange, ihr Stellvertreter Peter Welchering, Ehrenmitglied Karl Geibel und frühere

Vorstandsmitglieder des Kreisverbandes Stuttgart, wie zum Beispiel Peter Schwab, Rainer Kamm oder Gabi Mönch (beide SWR). Geschäftsführer Dieter Hekenberger leitete die Wahlkommission und stand den Anwesenden für Fragen zur Verfügung.

Schneider-Flaig ging in ihrer Eingangsrede auf interessante Veranstaltungen in der Vergangenheit ein, darunter auch der Vortrag „Fit für das digitale Zeitalter?“ mit Markus Kreher, Leiter Media bei der Beratungsfirma KPMG (siehe Seite 26).

Dagmar Lange berichtete über die aktuelle Situation in den Medien und beantwortete Fragen der Mitglieder und Gäste. Unter Führung der neuen Vorsitzenden wurden schließlich Anträge für den Gewerkschaftstag formuliert und beschlossen. **► Silke Schneider-Flaig**

## Nach Redaktionsschluss erreichten uns weitere Meldungen von Kreisverbänden:

### Kreisverband Freiburg

Anton Schlaier berichtete vom DJV-Bundesverbandstag und den Neuwahlen des Bundesvorstandes und der Kassenprüfung des DJV-Landesverbandes aus dem Geschäftsjahr 2014. Bei den Wahlen zum Kreisvorstand kandidierte Dieter Waldraff aus familiären Gründen nicht mehr. Zum neuem ersten Vorsitzenden wurde Gerd Lache gewählt, Peter Bomans und Hubert Matt-Willmatt zu seinen Stellvertretern. Schriftführer ist Anton Schlaier, Gabriele Zahn und Dieter Waldraff Beisitzer im Vorstand. Die Versammlung war sich darin einig, dass die Kooperation mit dem PresseclubBaden sowie dem PR-Stammtisch Freiburg wieder intensiviert werden soll.

**► Anton Schlaier/Gerd Lache**

### Kreisverband Ulm/Alb-Donau

Die Versammlung hatte bei geringer Beteiligung eher den Charakter eines Kollegengesprächs, da mehrere Kolleg/inn/en ihr Interesse bekundet, dann aber abgesagt

hatten. Christoph Holbein berichtete vom Konzernbetriebsrat der Medienholding Süd zur Lage der Kooperation zwischen Stuttgarter Zeitung und Stuttgarter Nachrichten, siehe dazu die ausführliche Berichterstattung in diesem Blickpunkt. Bei der Aussprache verwies ein Kollege auf das Problem der freien Fotografen: Er hat sich u.a. darauf spezialisiert, Fotos von Polizei- und Feuerwehreinsätzen (Unfälle, Brände) zeitnah an Tageszeitungen zu liefern, die ja nicht immer einen Fotografen hinschicken können. Dies würde durch die Einsatzkräfte unterwandert, die ihre Einsätze selber fotografierten und die Bilder auch an die Zeitungen schickten. Uli Landthaler wurde als Kreisvorsitzender wiedergewählt. Die Funktionen der stellvertretenden Kreisvorsitzenden und des Schriftführers bleiben mangels Bewerber unbesetzt.

**► Uli Landthaler**

### Kreisverband Konstanz

Wieder mit mehr Mitgliedern in direkten Kontakt zu kommen und neue Mitglieder

zu gewinnen, hat sich der Kreisverband bei seiner Jahresversammlung vorgenommen. Aktuell arbeitet der Kreisverband daran, in Kooperation mit der dju in Konstanz Diskussionsveranstaltungen und Beratungsstunden zu planen. Die erste Diskussionsrunde, voraussichtlich im Frühsommer, widmet sich dem Thema „Lügenspresse – wie glaubwürdig sind wir noch?“ Erste Referenten sind angefragt. Eine weitere Diskussionsrunde soll sich um das Thema drehen, wie neue Medien das journalistische Arbeiten verändern. DJV und dju sind gerade dabei, gemeinsam eine Informationsmappe zu entwerfen, mit der sich beide Verbände bei den gemeinsamen Veranstaltungen vorstellen wollen.

Jeweils einstimmig wurden in den neuen Kreisvorstand gewählt: Claudia Rindt (freie Journalistin) als Vorsitzende und Aurelia Scherrer (freie Journalistin) als Stellvertreterin. Neue Gesichter im Kreisvorstand sind Kirsten Schlüter und Claus A. Blohm als Beisitzer.

**► Claudia Rindt**



## Zukunft Wohnung gesucht – Zuhause gefunden!

Seit über 90 Jahren bietet die VOLKSWOHNUNG Karlsruher Bürgerinnen und Bürgern bezahlbaren und hochwertigen Wohnraum. Durch Quartiers- und Energiekonzepte, Mieterservice-Büros und viele Kooperationen schafft der mit über 13.000 Mietwohnungen und rund 200 Gewerberäumen größte Vermieter der Fächerstadt attraktive, lebenswerte Stadtteile für Jung und Alt.

Bis zum Jahr 2020 sind über 1.500 neue Mietwohnungen geplant, davon unterliegen mehr als 60 % der Mietpreisbindung. Hierfür investiert die VOLKSWOHNUNG über 215 Mio. Euro. Flankiert werden die Neubauaktivitäten von Modernisierungsmaßnahmen mit hohem Energieeinsparpotenzial.

Als Bauträger hat die VOLKSWOHNUNG mehr als 3.000 Eigentumsobjekte erstellt und verwaltet darüber hinaus für Dritte Einheiten in Wohn- und Gewerbeimmobilien.

VOLKSWOHNUNG GmbH • Ettlinger-Tor-Platz 2  
76137 Karlsruhe • Telefon 0721 3506-0  
info@volkswohnung.com • www.volkswohnung.com



## RNF darf zehn weitere Jahre 24-Stunden Programm senden:

Die LFK Baden-Württemberg teilte mit, dass das Rhein Neckar Fernsehen (RNF) weitere zehn Jahre ihr regionales 24-Stunden Programm „RNFplus“ in der unteren Neckar-Region senden darf. Der Beschluss wurde von den Mitgliedern des Vorstandes und des Medienrates des LFK gefasst. Zusätzlich erhält das Programm des RNF aufgrund des „Must-Carry-Status“ für die Reichweitenverbesserung und Digitalisierung eine Technik-Förderung in Höhe von 400.000 Euro von der LFK Baden-Württemberg. In einem parallel stattfindenden Verfahren hat die rheinland-pfälzische Landesmedienanstalt (LMK) ebenfalls eine Lizenzierung des RNF für die kommenden zehn Jahre beschlossen.

## Jury nominiert Favoriten für den LFK Medienpreis 2016:

Insgesamt sind 29 Beiträge in zehn Wettbewerbskategorien (fünf Radio- und fünf Fernseh-Kategorien) für den LFK Medienpreis 2016 nominiert. Eine zehnköpfige unabhängige Fachjury renommierter Medienmacher hat im diesjährigen Wettbewerb nahezu 130 eingereichte Beiträge gesichtet. Prämiert werden TV- und Radio-Beiträge, die sich neben ihrer journalistischen Qualität durch eine besondere Kreativität und Originalität sowie eine zielgruppengerechte Ansprache auszeichnen. Der LFK-Medienpreis wird in diesem Jahr 25 Jahre alt und ist die wichtigste baden-württembergische Auszeichnung für privaten Rundfunk. Die Preisträger werden im Rahmen einer festlichen Gala am 2. Mai 2016 im Palladium-Theater im SI-Centrum in Stuttgart bekannt gegeben und ausgezeichnet. Der LFK-Medienpreis ist mit insgesamt 30.000 Euro dotiert.

## SWR muss ARD-Koordination für 3sat an BR abgeben:

Peter Boudgoust, Intendant des SWR muss die ARD-Koordination 3sat abgeben, berichtet der Mediendienst kress.de. Demzu-

folge geht die Verantwortung des Bereichs an BR-Intendant Ulrich Wilhelm über. kress.de spricht von einer „Machtverschiebung innerhalb der ARD“. Anfragen des Mediendienstes an SWR und BR wurden von der Pressestelle insoweit beantwortet, dass man bisher keine Aussage in dieser Angelegenheit machen könne. In einer Pressemitteilung vom 12.02.2016 stellt der SWR klar, dass es sich um einen „ganz normalen Vorgang“ handle, einer „angebliche[n] Machtverschiebung innerhalb der ARD treten BR und SWR mit aller Deutlichkeit entgegen.“

## „Bündnis für Pressefreiheit“ gegen Pegida-Ableger:

Etwa 300 Vertreter von Medien, Politik und Kultur stellten sich einer Kundgebung des Pegida-Ablegers „Karlsruhe wehrt sich“ in der unmittelbaren Nähe des Mainzer SWR-Funkhauses entgegen. Der Blogger Michael Mannheimer fordert vor ca. 30 Pegida-Anhängern ein Berufsverbot, bzw. Gefängnisstrafen für Journalisten, die falsch berichteten. Das „Bündnis für Pressefreiheit und unabhängige Berichterstattung“ organisierte die Gegendemonstration, der sich auch die Landesverbände von CDU, FDP, Grünen, Linken und SPD angeschlossen hatten. Ein massives Polizeiaufgebot verhinderte das Zusammentreffen beider Demonstrationen. Die Polizei bilanzierte die Demonstrationen mit etwa 40 Platzverweisen und zehn Anzeigen, u.a. wegen der Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole, Beleidigung, Körperverletzung und Sachbeschädigung.

## Konfliktschulungen für SWR-Reporter:

Aufgrund der steigenden Anzahl von Angriffen auf Reporter und Kamerateams bietet der SWR nun Schulungen zum Verhalten in Konfliktsituationen an. Den Journalisten werde dabei der Umgang mit „aufgeladenen Situationen“ vermittelt, berichtete die Landesdirektorin Simone Schelberg bei der Sitzung des Landesrundfunkrates in Mainz. Hintergrund seien Bedrohungen und Angriffe auf die

Berichterstatter während der Berichterstattung zu Flüchtlingsthemen und der zugehörigen Demonstration, sowie die Störung von Live-Schalten und die Zerstörung von Aufnahmeequipment.

## SWR4 Baden-Württemberg spart Regionalsendung ein:

SWR4 Baden-Württemberg spart sich seine morgendliche Sendung, die vor Ort im Regionalstudio produziert wurde. Stattdessen wird künftig eine zentralisierte Morning-Show aus Stuttgart gebracht. Beim SWR heißt es dazu, man wolle die Regionalstudios neu aufstellen. Außerdem sollen künftig auch jüngere Hörer angesprochen werden. Ganz verschwinden die Sendung der Regionalstudios Karlsruhe, Friedrichshafen, Heilbronn, Mannheim, Stuttgart, Tübingen, Ulm und Freiburg im Breisgau aber nicht. Die regionalen Nachmittags-sendungen bleiben im Programm erhalten.

## Boudgoust einziger Kandidat für SWR Intendantenwahl:

Der bisherige Amtsinhaber Peter Boudgoust ist einziger Kandidat für die Intendantenwahl beim Südwestrundfunk (SWR). Einem entsprechenden Vorschlag des Wahlpräsidiums haben Rundfunkrat und Verwaltungsrat des SWR am Freitag, 4. März 2016, in Stuttgart zugestimmt. Die Wahl wird am 8. Juli 2016 in Mainz stattfinden. Die jetzige zweite Amtszeit von Peter Boudgoust als SWR Intendant endet am 30. April 2017.

## Jugendliche übernehmen die Schwäbische Zeitung 2016:

15 Jugendliche haben am 24. und 26. Februar 2016 die Redaktion der Schwäbischen Zeitung in Ravensburg übernommen. Sie konferierten, recherchierten, schrieben, fotografierten, filmten und produzierten. Mit dabei war die UNICEF-Botschafterin Eva Padberg. Sie beschreibt die gemeinsame Aktion von UNICEF und der Schwäbischen Zeitung als „wahnsinnig spannendes Projekt“.

## Stuttgarter Zeitung startet den Baden-Württemberg-Atlas:

Das Big-Data-Projekt will politisch und wirtschaftlich Orientierung im Süden geben und steht frei im Netz. Es zeigt u.a., wo Bauland besonders teuer, Übernachtungsgäste selten oder der Müll besonders viel ist. Der Atlas visualisiert aber auch, wie BW bei den letzten Landtagswahlen abgestimmt hat. Die Redaktion hat sich für das Projekt an Daten des Statistischen Landesamtes bedient und will daraus Stoff für Zeitungsgeschichten generieren. [www.bwatlas.stuttgarter-zeitung.de](http://www.bwatlas.stuttgarter-zeitung.de)

## Motor Presse Stuttgart startet neues Magazin:

Motor Presse Stuttgart bringt ein neues Magazin namens „Central“ an den Kiosk. Für einen Copypreis von 5,90 Euro erschien die Zeitschrift erstmals am 22. März und richtet sich an den „urbanen, mobilen Großstädter“. Themen sind „Urban Lifestyle“ und „Urban Mobility“. Weitere Ausgaben sind für August und November geplant.

## AfD-nahe Zeitung umgeht Parteienfinanzierung und diskreditiert NRW:

Die Gratiszeitung „Extrablatt“ der Polifakt Medien GmbH umging die Regeln der Parteienfinanzierung, berichtete Melanie Amann im Spiegel. Mit rund 2 Mio Auflage machte das Blatt in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz im Wahlkampf mit Hetze gegen Flüchtlinge Stimmung für die AfD. Anonyme Gönner spendieren als Herausgebergruppe der Partei das Wahlkampfblatt. Die AfD behauptet, mit dem Blatt nichts zu tun zu haben, obwohl ihre Spitzenkandidaten in den Bundesländern

mit Interviews im Blatt vertreten sind. Im Kreis Rottweil wurde das „Extrablatt“ einer „Vereinigung zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und der bürgerlichen Freiheiten“ gemeinsam mit der NRWZ (Neue Rottweiler Zeitung) verteilt und in etlichen Fällen hatten die Verteiler das Blatt zusammen mit anderen Werbeprospekten in die NRWZ gesteckt. Das ist den Austrägern ausdrücklich untersagt, geschieht aber leider immer wieder und zwang die Neue Rottweiler Zeitung zur öffentlichen Diszanzierung.

## Rechtsstreit Bauer Media Group gegen den Bundesverband Presse-Grosso:

Die Bauer Media Group geht im Rechtsstreit mit dem Bundesverband Presse-Grosso in die nächste Runde. Ein halbes Jahr nach dem Urteil des Bundesgerichtshofs im Oktober 2015 hat Bauer nun eine Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht eingelegt, berichtet „Horizont“. Im Kern geht es um die Frage, ob der Grosso-Verband ein Verhandlungsmonopol für Preise und Konditionen hat – Bauer würde viel lieber mit den Grossisten direkt handeln.

## Presserat beschäftigt sich mit Beschwerde gegen „Mannheimer Morgen“:

Der Mannheimer Morgen musste sein Interview mit der AfD-Chefin Frauke Petry vor dem Presserat rechtfertigen. Eine entsprechende Beschwerde gegen die Zeitung, die sich mit der Interviewführung und dem Kommentar des Chefredakteurs befaßte, ist bei dem Gremium eingegangen. Petry und die Zeitung streiten sich um die Autorisierung eines Interviews. In dem Gespräch sagt Petry, dass Grenzschrützer not-

falls auf Flüchtlinge schießen müssten, die versuchten, illegal nach Deutschland zu gelangen. Die Beschwerde ist unter dem Gesichtspunkt der Ziffer 2 als unbegründet bewertet worden.

## SWR zweifach mit Grimme-Preis 2016 ausgezeichnet:

Der Südwestrundfunk (SWR) hat zwei Grimme-Preise 2016 erhalten. In der Kategorie „Information & Kultur“ den erstmals verliehenen Preis für zwei besondere Journalistische Leistungen“. Er geht stellvertretend an Daniel Harrich für das Team von „Tödliche Exporte - Wie das G36 nach Mexiko kam“. Die Jury lobt „die beispielhafte Aufbereitung des Materials“ und die „außergewöhnliche investigative Recherche“ zum illegalen Waffenhandel. Sie stehe für vorbildliches Fernsehen. Für „Die Folgen der Tat“ (WDR/SWR/NDR) vergab die Grimme-Jury den Preis an Julia Albrecht und Dagmar Gallenmüller für Buch und Regie. Der Dokumentarfilm ist eine sehr persönliche Aufarbeitung des RAF-Attentats von Susanne Albrecht, die an der Ermordung des Dresdner-Bank-Chefs Jürgen Ponto im Jahre 1977 beteiligt war. Der Grimme-Preis gilt als renommiertester deutscher Fernsehpreis.

## SWR weiterhin erfolgreichster Radioanbieter im Südwesten:

Die Radioprogramme des Südwestrundfunks (SWR) sind die meistgehörten in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. In beiden Bundesländern schalten von Montag bis Freitag täglich 6,36 Millionen Menschen ein SWR-Radioprogramm ein. Bundesweit hat der SWR 7,52 Millionen Hörer. Das belegt die am 2. März 2016 veröffentlichte Media-Analyse „ma 2016 Radio I“.

Wir trauern um

Volker Anders 59 Jahre  
Günther Thomas 94 Jahre

Andreas Christoph Baum 51 Jahre  
Josef Werner 101 Jahre



# Wir gratulieren

## 70 Jahre

Dieter J. Manz 23.04.  
Rainer Simon 14.05.

## 65 Jahre

Jürgen Frey 16.03.  
Brigitte Veit 22.03.  
Michael A. Schwilk 18.04.  
Bruno Kohlmeyer 23.04.  
Dr. Willi Steul 28.04.  
Wilfried Falk 01.05.  
Bernd Seeger 07.05.  
Adelinde Schwegler 20.05.

## 60 Jahre

Stefan Kiss 11.03.  
Lukas Platte 11.03.  
Dr. Dirk Tröndle 11.03.  
Rainer Jörger 12.03.  
Dr. Bettina Schulte-Böning 12.03.  
Dr. Jutta Hagedorn 24.03.  
Ulrich Konrad 29.03.  
Regine Gerst 31.03.  
Carmen Schreiber 01.04.  
Georg Dlugosch 10.04.  
Armin Fechter 11.04.  
Dr. Wilfried Werner 13.04.  
Volker Kithil 14.04.  
Susanne Wetterich 21.04.  
Gabriele Gantner 22.04.  
Claus-Gerhard Prauss 26.04.  
Cornelia Mrosch 27.04.  
Dr. Sigrid Faltin 01.05.  
Ulrich Hanselmann 02.05.  
Ralf Hesser 09.05.  
Bärbel Schwertfeger 10.05.  
Ulrich Strobel 15.05.  
Walter Schulz 21.05.  
Peter Johannes Ischka 23.05.  
Gerhard Ketterl 28.05.  
Petra Bail 29.05.  
Stefan Marschall 29.05.

## In den 90ern

Brigitte Wenger 23.03. (92 Jahre)  
Eike Reuter 16.04. (94 Jahre)  
Helmut Acker 02.05. (96 Jahre)  
Franz Krämer 09.05. (91 Jahre)

## In den 80ern

Lydia Jantzen-Philipp 02.03. (81 Jahre)  
Adrian Hennenbruch 05.03. (86 Jahre)  
Gerhard Bräuchle 07.03. (81 Jahre)  
Dr. Nordika Franke 13.03. (87 Jahre)  
Gunter Schmalacker 17.03. (89 Jahre)  
Ralf Reiner Wachholz 20.03. (82 Jahre)  
Wolfgang Ignée 26.03. (84 Jahre)  
Hermann Ohnheiser 01.04. (81 Jahre)  
Walter Storto 06.05. (85 Jahre)  
Hermann Grupp 13.05. (87 Jahre)  
Dr. Gabriele Hoffmann 19.05. (82 Jahre)  
Johann Meissner 20.05. (85 Jahre)  
Dr. Christa Dericum 21.05. (84 Jahre)  
Joachim Hess 22.05. (85 Jahre)  
Michael Schnieber 31.05. (88 Jahre)

## 80 Jahre

Hans Jörg Schulz 05.05.

## 75 Jahre

Heinz Göpfert 14.03.  
Karl Geibel 03.04.  
Ulrike Tobisch-Kohlbecker 10.04.  
Horst Böhland 22.04.  
Günter Maier 27.04.  
Hans-Georg Joepgen 14.05.

## IMPRESSUM

### HERAUSGEBER:

Deutscher Journalisten-Verband,  
Landesverband Baden-Württemberg e.V. (DJV),  
Gewerkschaft der Journalistinnen  
und Journalisten (Landesvorstand)  
V.i.S.d.P.: Dagmar Lange

### REDAKTION:

Dagmar Lange,  
Dr. Susann Mathis, Rudi Doster  
Korrektorat: Mechthild Goessmann

### AUTOREN:

Karin Benzmann, Jan Cerny, Maria Ebert,  
Carla Erhart, Uwe Flegel, Dieter E. Gellermann,  
Wolfgang Heinzl, Manfred Herberich, Gerd Lache,  
Uli Landthaler, Dagmar Lange, Anne Leibold,  
Susann Mathis, Verena Mayer, Claudia Rindt,  
Anton Schlaier, Ulrich Spitzmüller,  
Silke Schneider-Flaig, Daniel Völpel,  
Peter Welcherich, Theo Westermann

### TITEL:

Rudi Doster

### GRAFIK / HERSTELLUNG:

Rudi Doster · rdesign56 Stuttgart

### NÄCHSTE AUSGABE: 2/2016

Redaktionsschluss: 5. Juni 2016

### DJV-Landesgeschäftsstelle:

Hausanschrift:  
Herdweg 63, 70174 Stuttgart

### Postanschrift:

Postfach 15 01 24, 70075 Stuttgart  
Telefon: 0711-222 49 54-0  
Fax: 0711-222 49 54-44  
Internet: www.djv-bw.de  
e-Mail: info@djv-bw.de

### Änderung der Zustelladresse bitte

direkt an die Geschäftsstelle  
des DJV-Landesverbandes  
Baden-Württemberg.  
Der Bezugspreis ist im  
Mitgliedsbeitrag enthalten.

### Der DJV-Blickpunkt erscheint vierteljährlich.

Einzelpreis: € 3,-  
Abo-Preis jährlich: € 10,-  
Auflage: 4.500

### ANZEIGENVERWALTUNG:

Rudi Doster  
rdesign56  
Tel. 0711-51875648  
rdesign56@gmx.de

## Nicht aufzuhalten

### Karl Geibel zum 75. Geburtstag



Karl Geibel. Foto: SWR

Der DJV Baden-Württemberg wäre nicht zu denken ohne seinen Karl Geibel – oder Charlie, wie ihn seine Mitstreiter seit den 70er Jahren nennen. Und das gilt auch noch heute, obwohl er vor sechs Jahren verabschiedet und zum Ehrenvorsitzenden ernannt wurde. Am 3. April war sein 75. Geburtstag. „Das will er sicher nicht, aller Personenkult ist ihm zuwider“, lautete der Einwand bei der Redaktionskonferenz, auf der wir uns Gedanken über den Geburtstagsgruß machten. „Da muss er durch“, haben wir dann entschieden.

Der Gründer des baden-württembergischen DJV war auch lange Jahre sein Vorsitzender (1986 bis 2010), aber er war auch von 1979 bis 1985 zweiter Bundesvorsitzender des DJV. Er lehrte fast 30 Jahre Mediengeschichte und Journalistische Systematik an den Universitäten Stuttgart und Hohenheim und ist seit 1991 Dozent an unserer Journalisten-Akademie. In den 1980er Jahren baute er Kontakt zu regimiekritischen Journalisten in der damaligen DDR auf, er organisierte Hilfsaktionen, Kontakte und Austausch nach Ungarn und Südafrika. Geibel ist ein profunder Kenner der Mediengeschichte in Deutschland, und kann zum Beispiel

aus der Stuttgarter Geschichte im und nach dem Nationalsozialismus mit solch lebhaften Details berichten, dass man sie nie wieder vergisst.

Und immer war er Journalist und hat junge Journalisten geprägt, viele zitieren seinen Anspruch, das Selbstverständliche zum Gegenstand zu machen, als von ihm erlernte Maxime für die eigene Arbeit. Geibel war nach mehreren Stationen bei verschiedenen Tageszeitungen 1972 Redakteur bei den „Stuttgarter Nachrichten“ und stieg dort zum Ressortleiter Landespolitik auf. 1994 wurde er Redaktionsleiter der „Leonberger Kreiszeitung“, das blieb

er bis zu seinem altersbedingten Ausscheiden 2006. Wer ihn heute kennenlernt hat kaum den Eindruck, seine aktive Zeit liege hinter ihm. Man begegnet einem fröhlich-wütenden, rundum positiven und mit seiner enormen Energie bisweilen anstrengenden Menschen. Das ist ein Geschenk für alle Journalisten, die einen Streiter an ihrer Seite brauchen – sei es bei Tarifverhandlungen oder ungerechtfertigten Kündigungen oder bei der Frage, wie sie denn nun bei einer Geschichte weiterkommen. Das ist eine Herausforderung für jene, die manchmal eine einfache Lösung mit weniger ausführlicher Argumentation hätten. Doch viele schätzen genau das an ihm, was man heute gerne „meinungsstark“ nennt und es ist sicher einer der Gründe, warum er immer wieder um Rat gefragt wird oder auch, warum er seit Jahren immer wieder als einziger Journalist in den SWR-Rundfunkrat und erstmals (2015) in den ARD-Programmbeirat gewählt wurde. Der Mann ist nicht aufzuhalten, er ist unbequem, er hat Haltung und genau solche Menschen brauchen wir. Immer. Also gib's uns, Charlie und natürlich: Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag!

► Susann Mathis



Preis: 27,50 Euro  
ISBN: 978-3-945939-00-0  
www.mur-verlag.de

## Der Journalist im Medien-, Arbeits- und Urheberrecht

2. neu bearbeitete Auflage/München 2015, 240 Seiten.  
Prof. Dr. Albrecht Götz von Olenhusen, RA, Freiburg i.Br./Düsseldorf.

Eine praxisorientierte Darstellung der Rechtsfragen zu Status und Befristung von Arbeitsverträgen und freier Mitarbeit in Rundfunk und Presse, medienrechtliche Grundsätze der Redaktionsarbeit und Urheberrechte des Journalisten. Mit einem Vorwort von Karl Geibel.

- Arbeitsrechtliche Einordnung als feste und freie Mitarbeiter, Befristung der Beschäftigungsverhältnisse, Nebentätigkeiten, Konkurrenzklauseln, Mitbestimmung und Tendenzschutz u.a.
- Fragen des Persönlichkeitsschutzes, insbesondere das Recht am eigenen Bild
- Urheberrechtliche Stellung des Journalisten und Zusammenhang von Urheberrecht und Arbeitsrecht.

Der Autor verfügt über eine langjährige Erfahrung als Rechtsanwalt und Rechtsberater von Journalisten, Rundfunkanstalten und Verlagen. Der Verfasser lehrt als Professor Medienrecht an der Universität Düsseldorf. Vorangestellt sind ein Vorwort von Karl Geibel, ehem. Vorsitzender des Deutschen Journalistenverbands Baden-Württemberg.



Preis: 98,80 Euro  
ISBN 978-3-8300-8947-6  
www.verlagdrkovac.de

## Im Dienste des Architekten-, Bau- und Urheberrechts

Festschrift für Klaus Neuenfeld zum 80. Geburtstag  
Hamburg 2016, 336 Seiten.  
Fachanwältin Inge Gräfin Dohna/Prof. Dr. Albrecht Götz von Olenhusen (Hrsg.),  
Studien zur Rechtswissenschaft, Band 367

Aus Anlass seines 80. Geburtstages ehren Weggefährten und Kollegen Dr. jur. und Präsident a. D. Klaus Neuenfeld, der eine langjährige, außerordentlich erfolgreiche Tätigkeit als Rechtsanwalt mit wissenschaftlichem Wirken auf höchstem Niveau vereinbart hat.

Die 20 Autoren dieser Festschrift befassen sich vorrangig mit den vielfältigen Fragen des Architekten-, Bau- und Urheberrechtes, den Rechtsgebieten, die zu den maßgeblichen juristischen Interessen- und Arbeitsfeldern des Jubilars gehören. Darin: Max Webers Presse-Enquête und das Urheberrecht.

## APRIL

19.-20.04.2016

**Crossmedialer Journalismus**

Storytelling mit Bildergalerien, Audio-Slideshows und Video-Podcast

26.-27.04.2016

**Schotten dicht – Workshop**Digitaler Informantenschutz  
Wie Journalisten ihre Informanten und Rechercheergebnisse besser schützen

29.-30.04.2016

**DJV-Gremienschulung**Mitwirken - Mitbestimmen - Mitgestalten  
Tarife - Politik - Rhetorik

## MAI

03.05.2016

**Mehr als nur googeln**

Journalistische Internet-Recherche umfassend

09.-13.05.2016

**51. Zeitschriftenseminar für Volontäre und Seiteneinsteiger (Teil 3)**

Grundlagenseminar in vier Wochen

31.05.- 01.06.2016

**Mein Blog**Unabhängig, authentisch und unschlagbar  
schnell. Workshop für Blogger

## JUNI

02.- 03.06.2016

**Pressemitteilungen auf den Punkt gebracht**

Die Schreibwerkstatt

06.-10.06.2016

**51. Zeitschriftenseminar für Volontäre und Seiteneinsteiger (Teil 4)**

Grundlagenseminar in vier Wochen

14.-16.06.2016

**Marktplatz der Informationen: Pressearbeit in den Kommunen**

Anforderungen an die kommunale Öffentlichkeitsarbeit, das Medienrecht, die Medienstrukturen und Soziale Medien (Blogs, Facebook, Twitter) im Einsatz von Verwaltung und Rat (Workshop)

21.- 22.06.2016

**Betriebsratsarbeit aktuell**Aufbauseminar Teilnahme gemäß  
§ 37(6) Betriebsverfassungsgesetz

28.06.2016

**Freiberufler im Journalismus**Tipps und Trends zur erfolgreichen der  
Selbstständigkeit

29.06.2016

**Jetzt wird gezwitschert – Twitter für Journalisten**

Ein spannendes Recherchemittel

## JULI

05.- 06.07.2016

**Wörter wirken, Sätze erst recht**

Die Schreibwerkstatt – kreatives Schreiben

12.-13.07.2016

**Social Media**

Blogs, Twitter, Facebook &amp; Co.

19.-20.07.2016

**Crossmedialer Journalismus Print - Ton - Bild**

Crossmedia planen und managen

## SEPTEMBER

12.-16.09.2016

**52. Zeitschriftenseminar für Volontäre und Seiteneinsteiger (Teil 1)**

Grundlagenseminar in vier Wochen

20.-22.09.2016

**Pressearbeit in einem Unternehmen**Das Handwerkszeug für systematische  
Informationspolitik

26.-27.09.2016

**Rhetorische Kommunikation**Gespräche, Argumente und Interviews  
vorbereiten und üben

28.09.2016

**Das ABC des Presserechts für Print und Online-Journalisten**

Medienrecht für die Praxis

## OKTOBER

05.-06.10.2016

**Fit für Mikrofon und Kamera**

Medientraining für Entscheider

10.-14.10.2016

**52. Zeitschriftenseminar für Volontäre und Seiteneinsteiger (Teil 2)**

Grundlagenseminar in vier Wochen

17.-21.10.2016

**Kommunikation – 12. Grundlagenseminar für Volontäre in Pressestellen (Teil 1)**

Seminar in drei Wochen mit Workshops

25.-26.10.2016

**Schreiben fürs Web – Das Basistraining**

Online-Journalismus für trimediale Angebote

27.-28.10.2016

**Moderation von Veranstaltungen**Überzeugen vor Publikum mit Informationen  
und Auftreten

## NOVEMBER

07.-11.11.2016

**52. Zeitschriftenseminar für Volontäre und Seiteneinsteiger (Teil 3)**

Grundlagenseminar in vier Wochen

14.-18.11.2016

**Kommunikation - 12. Grundlagenseminar für Volontäre in Pressestellen (Teil 2)**

Seminar in drei Wochen mit Workshops

22.11.2016

**Mobile Leser:****Tablets, Smartphones, iPad & Co.**

Redaktionelle Inhalte für mobile Geräte

23.11.2016

**Das eigene Buch als E-Book publizieren**

Vom Manuskript zum elektronischen Buch

24.-25.11.2016

**Social Media**

Blogs, Twitter, Facebook &amp; Co.

## DEZEMBER

05.-09.12.2016

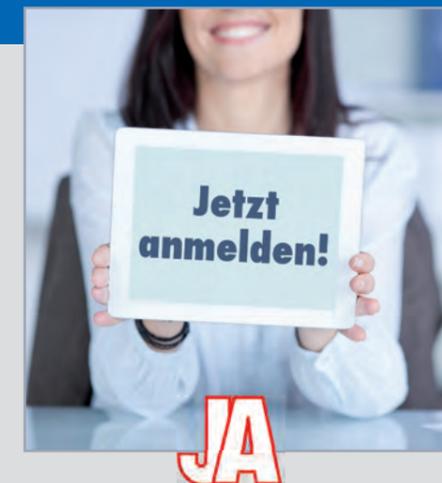
**52. Zeitschriftenseminar für Volontäre und Seiteneinsteiger (Teil 4)**

Grundlagenseminar in vier Wochen

12.-16.12.2016

**Kommunikation – 12. Grundlagenseminar für Volontäre in Pressestellen (Teil 3)**

Seminar in drei Wochen mit Workshops

**Journalisten-Akademie e.V.**Bildungsverein des Deutschen Journalisten-  
Verbandes Baden-Württemberg e.V.

Herdweg 63 · 70174 Stuttgart

Leitung: Heidrun-Ute Geibel, Dipl. Journ.  
Tel. 0711-222 49 54-60 · Fax 0711-222 49 54-44  
E-Mail: akademie@djv-bw.de · www.djv-bw.de

Alle Seminare und Inhalte auch unter:

[www.djv-bw.de](http://www.djv-bw.de)**Gesunder Journalismus  
beruht auf Fakten.**Zuverlässige und aktuelle Informationen zu allen Themen  
rund um die Gesundheit und das Gesundheitswesen –  
dafür ist das Mediportal der AOK Baden-Württemberg  
die erste Adresse: [aok-bw-presse.de](http://aok-bw-presse.de)

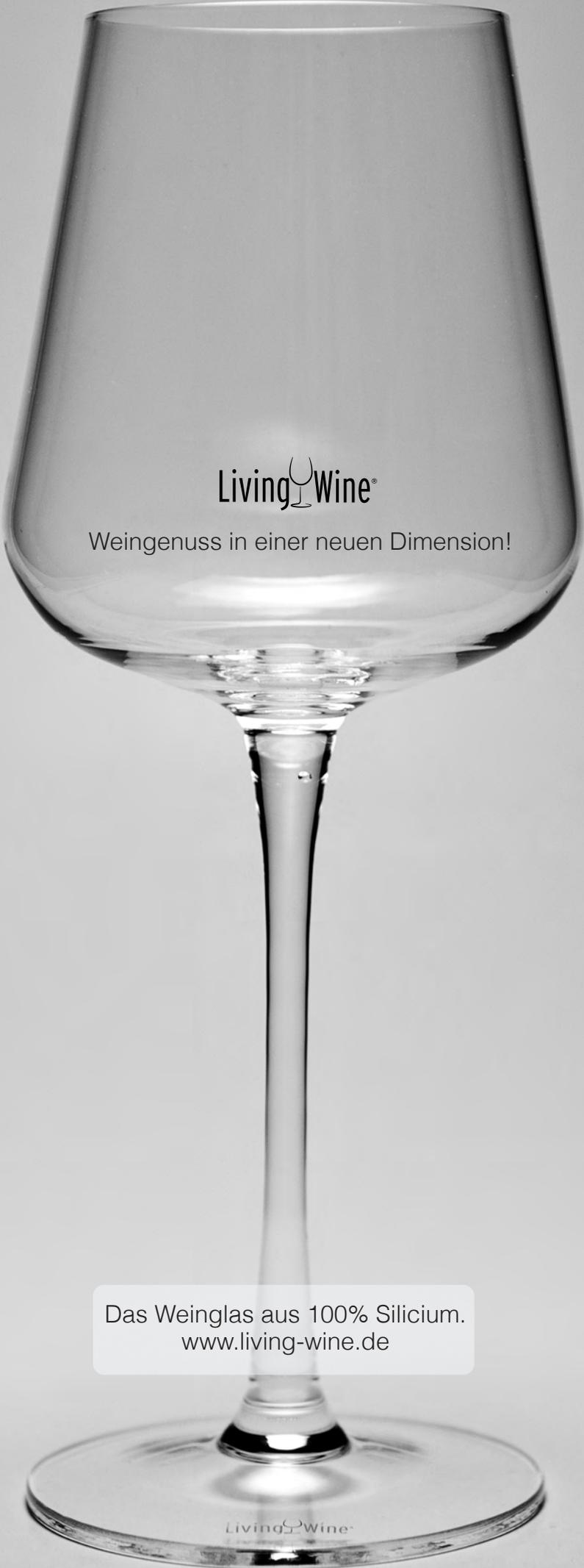
Pressestelle der AOK Baden-Württemberg

Telefon 0711 2593-229

Telefax 0711 2593-100

E-Mail [presse@bw.aok.de](mailto:presse@bw.aok.de)Twitter [@aokbwpresse](https://twitter.com/aokbwpresse)

AOK Baden-Württemberg



LivingWine®

Weingenuss in einer neuen Dimension!

Das Weinglas aus 100% Silicium.  
[www.living-wine.de](http://www.living-wine.de)

LivingWine®